

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **Mk. 1,50.**

Inhalt:

	Seite		Seite
Die Anfänge der gewerkschaftlichen Centralisation in Rußland	209	Kongresse. Schutzkongress für alle in Schiffahrt und Schiffbau beschäftigten Arbeiter. — Jahreskonvention des amerikanischen Bergarbeiterverbandes (Schluß)	220
Gesetzgebung u. Verwaltung. Zur Einführung des Reinstundentages in den staatlichen Werftbetrieben.	212	Lohnbewegungen. Streiks u. Ausperrungen, Tarif- und Lohnbewegungen in Deutschland	223
Statistik u. Volkswirtschaft. Rechnungsergebnisse der deutschen Invalidenversicherung für 1904. — Arbeitskämpfe in Canada	218	Kartelle, Sekretariate. Arbeitersekretär für Augsburg gesucht	224
Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rückblicke (IX) — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Die Achtstundebewegung in Frankreich	215	Anderer Organisationen. „Selbe“ Gewerkschaften in der Schweiz	224
		Mitteilungen. Quittung der Generalkommission über Quartalsbeiträge	224

Die Anfänge der gewerkschaftlichen Centralorganisation in Rußland.

Wenn der Fortschritt der Arbeiterbewegung und ihr schließlicher Sieg am Herzen liegt, der muß naturgemäß suchen, sich Klarheit zu verschaffen über das Wesen und den Wert der Gewerkschaften und über die Bedeutung, welche ihnen zuzuerkennen ist in dem gewaltigen Ringen der Gegenwart um eine neue, gerechte, vernunft- und zeitgemäße Ordnung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse — mit einem Worte: in der modernen Arbeiterbewegung überhaupt.

Niemand, der in dieser Bewegung mitwirkt, der mitarbeitet an der Neugestaltung der Gesellschaft, kann nun etwas daran gelegen sein, Mitstreiter oder Mitstreiterinnen darum herabzuziehen und lächerlich zu machen, daß sie noch nicht das notwendige Verständnis für alle Teile der Bewegung besitzen. Vielmehr darauf kommt es an, allen denen, welche die Fähigkeit haben, zum vollen Verständnis sich durchzuarbeiten, die Materialien dazu zugänglich und erreichbar zu machen.

Solche Materialien bietet die Geschichte der proletarischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte in der gesamten Kulturwelt, sehr wertvolle Beiträge hierzu liefert in der Gegenwart der gigantische Kampf unserer russischen Brüder und Schwestern.

In einem bestimmten Momente dieses grandiosen Selbengebietes der Weltgeschichte meinte ein Teil unserer deutschen Genossen und Genossinnen, welche eben noch nicht nach allen Seiten hin das Kampffeld überschauen konnten, hier, in Rußland, sei nun der Beweis erbracht, daß das freihelddürstende Volk siegreich vordringen könne gegen jedwede Despotie, ohne sich vorher der bescheidenen, nach außen kaum bemerkbaren und deshalb keine Ruhmeskränze eintragenden, dabei aber unfähig mühevollen Arbeit

der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeitermassen unterzogen zu haben.

Demjenigen indessen, der einen weiteren Umblid hat und tiefer sieht, ist es nicht entgangen, daß es gerade diese bescheidene, stille Arbeit der Organisation der Massen gewesen ist, welche diese Massen so schulte, mit dem Geiste der Disziplin und mit der Begeisterung erfüllte, die sich in den ruhmvollen Schlachten der russischen Revolution so herrlich bewährten — gleichviel, ob die Schlachten entschieden siegreich, ob mit unsicherem Erfolge oder selbst mit einer zeitweiligen Niederlage endeten. Und die Art, wie dort unsere Brüder und Schwestern organisierten, deren „Revolutionismus“ uns als Beispiel hingestellt wurde, uns, die angeblich rückständigen, beschämen sollte, ist gerade die bewährte Art der deutschen Gewerkschaften, die begründet ist auf praktische Erfahrung im Kampfe des Lebens, im Kampfe der Klassen, und auf den wissenschaftlichen Folgerungen aus den Ereignissen aller Zeiten, einer Theorie, die nicht dem Leben Gesetze geben will, sondern eine Darstellung der Entwicklungsgesetze des sozialen Lebens selbst ist.

Schon vor einigen Jahren empfanden die Arbeiter verschiedener Berufe in den verschiedensten Teilen des weiten russischen Reiches, daß es eine unbedingte Notwendigkeit sei, eine Verbindung zu schaffen zwischen den Berufsgenossen nicht nur am Orte, sondern im ganzen Reiche, und ferner auch über den engen Rahmen des Einzelberufes hinaus ein einigendes Band zu schlingen um diejenigen alle, die als Ausgebeutete eines mit märchenhafter Geschwindigkeit sich entwickelnden Kapitalismus durch das Leiden verbunden, Leidensgenossen sind.

Die früheren Formen der Vereinigung innerhalb der russischen arbeitenden Bevölkerung oder, richtiger gesagt, der Lohnarbeiter Rußlands, hatten sich überlebt, das Leben war über sie hinaus-

Wie das Unternehmertum in seinem Sinne und seinem engherzig selbstfüchtigen Interesse die Organisation zu hemmen sucht, so versuchte naturgemäß die Regierung, d. h. die herrschende Clique, die gewaltige Bewegung der allgemeinen Umgestaltung, die Revolution, niederzuznütteln und niederzukartätschen. Daß der schließliche Sieg dem Volke gehört, darüber kann auch dem ärgsten Schwarzseher und Pessimisten kein Zweifel bleiben, aber freilich gibt es noch vorübergehende Siege der bluttriefenden Mörderhänden, und schwer sind dann die Opfer, welche bei solchen Wechselfällen des Kampfesglücks das Volk zu tragen hat — doch nicht lange mehr, seine Stunde naht!

Als in Moskau die Reaktion ihre schmachvolle Arbeit begann, da staunte „alle Welt“, wie es möglich war, daß die „unorganisierte“ kleine Schar länger als eine Woche die Stadt behaupten konnte. Selbst revolutionäre Augenzeugen begriffen nicht, woher der Geist der Einmütigkeit, die Einheitlichkeit des Handelns bei diesen einfachen ungeschulten Leuten kam, die so lange den Zarenschergen zu schaffen machten.

Die sich da wunderten, sie wußten nicht, daß die Saulung sich herschrieb von der Erkenntnis der Zusammengehörigkeit, daß diese Proletarier, nicht eingeweiht in die Pläne der revolutionären Parteien, bescheiden schaffend in Werkstätten, Fabriken, Nähstuben, Krämerläden usw., innerhalb des Berufes organisiert und dadurch zum Solidaritätsbewußtsein erweckt waren. Sie fühlten im Moment des Kampfes, der, so wie er kam, nicht ihr Ziel gewesen war, sich eins mit jedem Kämpfer. Daher die vielen „einfachen“ Leute, die unbekanntes Namenlosen, welche Barrikaden bauen und verteidigen und verbluten, wenn das mörderische Blei, das Väterchen ihnen sendet, die Brust zerreißt, den Kopf zerschmettert, in denen still und bescheiden, aber stark und unerschütterlich das Solidaritätsgefühl, der Organisationsgedanke zum Freiheitskampfmittel erwachsen war.

Welches übrigens die sittliche Höhe derer ist, gegen die der Kampf der gewerkschaftlichen Organisation geführt wird, und die sich bis zur Gegenwart des Wohlwollens und Schutzes der Behörden zu erfreuen hatten, dafür mag folgender Vorfall als Beispiel dienen: Das Stadtoberhaupt (Gradonatschalnik) von Moskau beschied die Inhaber bzw. Leiter mehrerer großer Tabakfabriken zu sich, um den Herren zu sagen, es sei ihm zur Kenntnis gebracht worden, daß die Herren nach der Unterdrückung der Unruhen und der Wiederaufnahme der Arbeit entgegen den mit den Arbeitern getroffenen Vereinbarungen wieder die Arbeitszeit verlängert und die Löhne herabgesetzt hätten — er (der Gradonatschalnik) finde ein solches Vorgehen gegenüber den Arbeitern gewissenlos, und er mache die Fabrikanten darauf aufmerksam, daß die volle Verantwortung für alle Folgen, die aus solchem gewissenlosen Verhalten entstehen könnten, sie, die Fabrikanten, treffe. In keinem Falle würden da die Behörden für sie eintreten.

Daß die Behörden sonst nur zu sehr für die Unternehmer eintraten, ist ja allbekannt, und manche behördlichen Stellen suchten es auch dadurch zu tun, daß sie der gewerkschaftlichen Organisation, die nicht direkt verboten werden konnte, alle erdenklichen Hindernisse in den Weg legten. Hierfür liefert auch die Entstehungsgeschichte der Petersburger Schneiderorganisation einen lehrreichen Beweis.

Der 9. (22.) Januar, der Petersburger Blutsonntag, hatte allen Arbeitern die Augen öffnen müssen, sie alle mußten begriffen haben, daß man auf niemand hoffen, von niemand als von sich selbst Hilfe erwarten durfte. Nun konnten, die es schon früher gewußt hatten, auch die anderen, ihre Berufs- und Leidensgenossen davon überzeugen. In einem Walde, außerhalb des Stadtbereichs, versammelten sich etwa 70 Schneider, um über die Schaffung einer Berufsorganisation zu beraten. Diese Versammlung im Walde ernannte eine Kommission zur Ausarbeitung der Statuten und der Durchführung der sonstigen Vorarbeiten. Es verging aber über ein halbes Jahr, ehe diese zustande kamen. In der ersten gesetzgemäß anberaumten Versammlung wurden ungefehligerweise die Leiter verhaftet. Später wurden die Statuten nicht genehmigt, die sie Einreichenden an falsche Instanzen, die Gewerbeverwaltung, die Unternehmervertretung, verwiesen und so fort. — Indessen agitierten die Schneider wacker in ihren Werkstätten, bis es ihnen gelang, während der bewegten Oktobertage eine Versammlung in der Universität abzuhalten und dort ihren Delegierten in den Arbeiterdeputiertenrat zu wählen.

Am 8. Dezember zählte ihre Organisation in Petersburg 751 Mitglieder.

Auch zur Schuhmacherorganisation wurde der Grundstein im grünen Walde gelegt, indem etwa 100 Berufsgenossen zu diesem Zwecke in einer der weißen Julinächte sich heimlich im Waldesdunkel versammelten.

Interessant und für westeuropäische Begriffe gewiß seltsam ist, daß auch die Heiligenbild-Maler, etwa 100 an Zahl, sich zu einer Gewerkschaft zusammenschlossen haben.

Im Werden ist ein großes, gewaltiges Werk auf dem Gebiete der Arbeiterorganisation, der Zusammenschluß des Schiffahrtspersonals aller Zweige im Wolgagebiet. Es handelt sich da um eine Arbeitererschaft von 180 000 Personen, welche 53 bis 55 Proz. des gesamten Transportes in Rußland bewirken.

Die Eröffnung der Navigationsperiode steht nahe bevor. Eine gewisse Bangigkeit macht sich in Unternehmertreuen bemerkbar. Ungezählte Millionen könnten ihnen verloren gehen, wenn diese Hunderttausende sonst so willigen Söhne der Heimaterde nicht mehr wie sonst auf Mütterchen Wolga den Dienst verrichten sollten. Das Fieber, das manchen der Herren da schüttelt, läßt sich darum begreifen. Werden sie es zum Kampfe kommen lassen, dem erwachen; zur Selbständigkeit erwachsenen, durch das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und des brüderlichen Zusammenschlusses starken Arbeiter sein Recht weigern, dann haben sie sich's selber zuzuschreiben, wenn das Schiff ihres Glückes und Reichthums zerschellt in den machtvoll, unermesslich heranrollenden Bogen des Weltstromes der zielbewußten Arbeiterorganisation.

Voran, ihr Brüder im Wolgabeden, schließt fest die Reihen und immer fester! Die Arbeiterschaft der ganzen gesitteten Welt ist mit Euch — mit dem Herzen und mit der Hand. J d a A l t m a n n.

gewachsen. Sowohl die zunftartigen Berufsorganisationen als auch die Artetele innerhalb gewisser Betriebe, die halb genossenschaftlich organisiert waren, meist mit einem mehr oder weniger geriffenen Artelführer, einem Unternehmer oder Zwischenmeister, an der Spitze, konnten dem Lohnarbeiter nichts mehr bieten, seitdem auch in Rußland, zum Teil durch westeuropäische Kapitalisten, die moderne Industrie mit allen ihren Begleiterscheinungen ihren Einzug hielt, einen Siegeszug vom Baltischen Meere bis zu Tauriens lachenden Gärten im Süden, zum Kaspiischen Meere und des Kaukasus majestätischen Säuptern und im Osten über den Ural hinaus, nach Asien hinein.

Da tauchte im Jahre 1904 der Gedanke auf, die gewerblichen Arbeiter Allrußlands müßten auf einem Kongreß der Vorstände ihrer Organisationen gemeinsam beraten und die Grundlage gemeinsamer Aktion zur Hebung der materiellen wie der ideellen Verhältnisse der Arbeiterklasse schaffen. Es war die Vereinigung der Mechaniker von Charkow, von der diese Anregung ausging. Der Bevollmächtigte dieser gewerblichen Vereinigung, die ein legales Scheindasein führte auf Grund genehmigter Statuten von den Zeiten des selig entschlafenen Kleinhandwerks her, deren Mitglieder, moderne Lohnarbeiter, nach gänzlicher Umgestaltung der Verhältnisse verlangen mußten, wurde nach den verschiedenen Centren des industriellen Lebens im weiten russischen Reiche entsendet, um Verbindungen anzuknüpfen und für den Gedanken der einheitlichen Organisation, zunächst für den allrussischen Kongreß Propaganda zu machen. So wurden Verbindungen geschaffen mit Petersburg, Moskau, Nikolajew, Odessa, Kiew, Saratow, Woroneß, Jekaterinoslaw, Samara, Nischni-Nowgorod, Kostroma, Iwanowo Wosnessensk, Orenburg und noch mehreren anderen Städten. Im Sommer 1905 wurde ein Rundschreiben an alle gewerblichen Arbeitervereinigungen versandt, worin zu einer Beratung eingeladen wurde. Zugleich enthielt es auch den Entwurf eines Musterstatuts für moderne Arbeiterberufsvereine, ein Gewerkschaftsstatut, das den Bedürfnissen des industriellen Lohnarbeiters Rechnung trug. Moskauer und Petersburger Arbeitervereinigungen beteiligten sich lebhaft an den Vorarbeiten zu dem Kongreß, besonders eifrig wirkten die Petersburger Buchdrucker dafür.

Ein Delegierter des Petersburger Organisationsausschusses begab sich nach Charkow, wo eine eingehende Erörterung stattfand über alle in Betracht kommenden Fragen. Es waren hierbei sämtliche Berufsvereinigungen der Stadt durch ihre Vorstände vertreten. Man war sich vollkommen einig über die unbedingte Notwendigkeit einer einheitlichen Gesamtorganisation. Zugleich erkannte man aber auch, daß diese einheitliche Organisationsarbeit nicht von einer einzigen Stelle aus geleistet werden könne bei der unermesslichen Ausdehnung von Mitterchen Rußland. Die Arbeit müsse von verschiedenen Punkten aus zu gleicher Zeit in Angriff genommen werden. Es wurden zunächst die drei Centralbureaus, Charkow, Petersburg und Moskau, beschlossen und in Aussicht genommen, weitere für das Wolga- und das Weichselgebiet demnächst zu schaffen. (Nahoncentren nennt man sie dort.) Nach der beratenden Konferenz der Vorstände Charkows, welcher der Petersburger Delegierte beigewohnt hatte, wurden in Petersburg mehrere Versammlungen abgehalten, in denen über die Einzelfragen noch weitere Erörterungen gepflogen wurden. Im Anschluß daran bildete sich das „Centralbureau“, wie es in Charkow beschlossen

worden, und der Petersburger Delegierte begab sich nach Moskau, um auch dort die Schaffung der gleichen Institution in die Wege zu leiten.

Die wichtigste Aufgabe dieser Centralbureaus ist die Vorarbeit für den Zusammenschluß der beruflichen Arbeiterorganisationen Allrußlands. Zugleich aber liegt ihnen ob, die Arbeiter derjenigen Berufe zu organisieren, die bisher die Notwendigkeit des Zusammenschlusses nicht erkannt hatten oder außerhande gewesen waren, den Zusammenschluß auf der Basis des gemeinsamen proletarischen Berufslebens zu vollziehen.

Wie in Petersburg der Solianoj Gorodok (siehe „Correspondenzbl.“ Nr. 3 d. J.) dem Centralbureau der Arbeiterberufsvereine Obdach gewährt, so hat auch dem Moskauer Centralbureau eine ähnliche Institution ihre gastlichen Tore geöffnet, und zwar das „Museum zur Förderung der Arbeit“, das der Moskauer Abteilung der „Kaiserlich Russischen Technischen Gesellschaft“ gehört.

Daß man es dessenungeachtet hier mit Gewerkschaften zu tun hat, ganz nach Art unserer der Generalkommission angeschlossenen Organisationen, geht schon aus den bei den ersten Beratungen in Charkow festgelegten Grundsätzen wie aus allen Verhandlungen späterer Konferenzen und Versammlungen hervor. Nur solche Berufsvereinigungen können sich der Centralorganisation anschließen, die den Kampf gegen den Kapitalismus bezwecken. Deshalb sind solche Vereinigungen von kaufmännischen und Bureauangestellten von vornherein ausgeschlossen, die auch Prinzipale in ihren Reihen haben.

In Petersburg waren zu Ende des Jahres 1905 bereits 35 berufliche Organisationen der Centrale angeschlossen, in Moskau nahmen schon im Oktober 26 angeschlossene Vereinigungen an den Beratungen der Centralorganisation teil.

Dabei hat man es nicht mit Organisationsdosen von einer Handvoll Leute zu tun, sondern nach Tausenden zählen einzelne dieser gewerkschaftlichen Ortsvereine (Zahlstellen etwa nach unserer Zeichnung) trotz ihrer großen Jugend. So hatte die Gewerkschaft der Teewäger in Moskau bereits im November nach Ausweis des Kassierers dieser jungen Organisation 2000 Mitglieder. — Wie anderwärts auch versuchten es die Kapitalisten, durch Maßregelungen und kleinliche Schikanen den breitflutenden Strom des neuen Lebens zu hemmen. — Ob weltumspannende Kabel die Träger ihres Reichtums sind, ob die duftigen Blätter und Blüten des chinesischen Strauches die Quelle ihrer Bereicherung bilden, die gleiche Kurzsichtigkeit, die gleiche Anmaßung bemerkt man bei den Unternehmern an der Spree wie an der Moskwa. Aber wie diese Nebenflüsse von Nebenflüssen schließlich ihre Wasser ins weite Meer hinaus ergießen, wie lang auch der Weg dahin, so flutet auch der Strom der Arbeiterorganisation zum Zwecke der Arbeiterbefreiung unaufhaltsam dem großen Ziele entgegen. Die Maßregelung einiger ihrer Mitglieder wegen organisatorischer Betätigung beantwortete die Teewäger-Gewerkschaft mit dem Boykott der „Karawane“, der Firma Wogau, deren Tees von den teuersten bis zu den billigsten Sorten allerorten in Rußland vertreten sind. Wenn die Hunderttausende der Angehörigen der gewerkschaftlich organisierten und die Aberhunderttausende derer, die mit ihnen sympathisieren, auf Wogaus Tee verzichten, da wird die „Karawane“ wohl bald auch die übrigen Wäger nicht mehr nötig haben, da wird sie sicher alle Organisierten los!

den Staatssekretär nicht aufzurütteln. Stolz erklärte er, daß er es vorziehe, auf eigenen Füßen zu stehen. Offenbar war Herr v. Tirpis sich nicht bewußt, daß er nur noch auf den Krücken des Centralverbandes der Industriellen einherstolztiert. Ein Minister von heute, der es wagte, auf eigenen Füßen zu stehen, würde noch rascher fallen, als weiland — Herr Möller!

Statistik und Volkswirtschaft.

Die Rechnungsergebnisse der deutschen Invalidenversicherung im Jahre 1904.

Die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der deutschen Invalidenversicherung sind dem Reichstage zur Kenntnissnahme unterbreitet. Dieselben beweisen aufs neue, daß dieser Zweig der deutschen Arbeiterversicherung sich fortgesetzt finanziell in günstiger Weise entwickelt und daß die auch neuerdings in rigorosster Weise beliebten Ablehnungen zahlreicher Rentenansprüche höchstens in der Sorge einzelner Versicherungsanstalten um die Zukunft, nicht aber in der allgemeinen Lage der Invalidenversicherung begründet sind. Einzelne Versicherungsanstalten, bei denen die Beitragseinnahmen und die Verwaltungskosten in so großem Mißverhältnis stehen, wie z. B. bei den Versicherungsanstalten für die drei östlichen Provinzen, mögen nicht so günstig dastehen, aber dann ist es sicher das allergeringste, sich für dieses Mißverhältnis an den Renten der Invaliden schadlos zu halten, anstatt, wie es anderswo geschieht, die Verwaltung nicht bloß billiger, sondern auch besser zu gestalten, so daß sie imstande ist, den umfangreichen Beitragshinterziehungen entgegen zu wirken. Die Invalidenversicherung ist der Invaliden wegen geschaffen worden und soll in erster Linie deren Ansprüche Rechnung tragen. Ehe berechnete Ansprüche abgewiesen werden, mußte, wenn sich die Einnahmen nicht durch ein sparsames und gut funktionierendes Verwaltungssystem und regelmäßigerer Beitragseinzahlung steigern lassen, noch immer eine Neuregelung der Beiträge in Erwägung gezogen werden. Wir halten eine solche aber angesichts der allgemeinen Lage der Invalidenversicherung für überflüssig, notwendig dagegen eine durchgreifende Verwaltungsreform, insbesondere in den ostelbischen Provinzen Preußens.

Die bestehenden 31 Versicherungsanstalten (13 in Preußen, 8 in Bayern und je 1 in Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Hansestädten und Elsaß-Lothringen) hatten im Jahre 1904: 183 Vorstandsmitglieder und 44 Vorstandsbeamte, 2359 Stassen-, Bureau- und Kanzleibeamte, 229 Unter- und 314 Kontrollbeamte, 618 Ausschußmitglieder, 2 Vorsitzende und 120 Beisitzer von Rentenstellen, 13 476 Beisitzer zu den unteren Verwaltungsbehörden und 692 in Heilstätten beschäftigte Personen. Ferner hatten sie 89 Schiedsgerichte und 4198 Markenverkaufsstellen. Neben den 31 Versicherungsanstalten sind 9 Pensionsklassen als Versicherungsträger zugelassen (4 Knappschafts- und 5 Eisenbahnerklassen), die über ein Gesamtverwaltungspersonal von 366 Personen verfügten.

Die Zahl der versicherten Personen läßt sich nicht ziffernmäßig feststellen; sie kann nur annähernd aus dem Markenumsatz geschätzt werden. Im Berichtsjahre sind 596 463 642 Wochenbeiträge (21 125 610 mehr als 1903) eingegangen, welcher Umsatz einer Ziffer von 11 470 454 Vollzahlern (à 52 Beitragswochen pro Jahr) entspräche. Da aber seit Jahren

nur mit einer durchschnittlichen Beitragsleistung von 46 Wochen gerechnet wird, so ist die Zahl der versicherten Personen auf 12 966 600 zu schätzen, gegenüber der für das Vorjahr gleicherweise ermittelten Schätzungsziffer ein Mehr von 459 247 Personen. Von je 1000 verkauften Beitragsmarken entfielen bei den Versicherungsanstalten auf die erste (niedrigste) Lohnklasse 138, auf die zweite 313, auf die dritte 255, auf die vierte 175 und auf die fünfte 119. Der Anteil der höchsten Lohnklasse ist bedeutend gestiegen; er betrug im Jahre 1903 nur 9,7 Proz., 1904 dagegen 11,9 Proz. Das bedeutet eine ansehnliche Aufwärtsbewegung der angerechneten Lohnneinkommen der Versicherten. In den 9 zugelassenen Pensionsklassen ist der Anteil der höheren Lohnklassen weit größer. Dort entfielen von 1000 Beiträgen auf die niedrigste Klasse nur 11, auf die zweite 52, auf die dritte 279, auf die vierte 200 und auf die höchste 458. Während die drei unteren Lohnklassen in den Versicherungsanstalten 70,6 Proz. aller Beiträge repräsentieren; umfassen sie in den Pensionsklassen nur 34,2 Proz. Die zunehmende Steigerung der Beitragsleistung in den höheren Lohnklassen tritt am deutlichsten in folgender Uebersicht zutage. In den 31 Versicherungsanstalten entfielen auf je 100

Lohnklasse	Wochenbeiträge						Mark-Einnahme					
	1891	1894	1897	1900	1903	1904	1891	1894	1897	1900	1903	1904
1	25,3	23,0	21,4	18,9	14,6	13,8	17,0	15,3	14,1	11,7	8,6	8,0
2	38,4	39,4	37,9	34,2	32,4	31,3	36,9	37,6	35,5	30,3	27,6	26,2
3	21,7	23,3	24,3	23,8	26,9	26,5	25,0	26,6	27,3	25,3	26,6	25,7
4	14,6	14,3	16,4	15,8	17,4	17,5	21,1	20,5	23,1	21,1	22,3	22,0
5	—	—	—	7,3	9,7	11,9	—	—	—	11,6	14,9	18,0

Die durchschnittliche Beitragshöhe ist dementsprechend von Jahr zu Jahr fortgesetzt gewachsen; von 20,8 Pf. im Jahre 1891 stieg sie auf 21,0 Pf. in 1894, 21,3 Pf. in 1897, 22,5 Pf. in 1900, 23,4 Pf. in 1903 und 23,8 Pf. im Berichtsjahre.

Die Zahl der ausgezahlten Renten betrug im Jahre 1904:

	In den Versicherungsanstalten	anderen Klassen	Insgesamt
Invalidenrenten	134 862	7 434	142 296
Altersrenten	11 397	672	12 069
Krankenrenten	9 749	768	10 517
Summa	156 008	8 874	164 882

Beitragsersatzungen:

	In den Versicherungsanstalten	anderen Klassen	Insgesamt
wegen Heirat	154 214	96	154 310
" Unfall	647	210	857
" Todesfall	29 856	2 667	32 523
Summa	184 717	2 973	187 690

Die Zahl der festgesetzten Renten war, wie alljährlich, etwas höher, da wegen diverser Hindernisse nicht alle festgesetzten Renten zur Auszahlung gelangten. Der Betrag der ausgezahlten Renten war

	In den Versicherungsanstalten	anderen Klassen	Insgesamt
Invalidenrenten	20 658 220	1 416 189	22 074 409
Altersrenten	1 777 735	143 458	1 921 193
Krankenrenten	1 527 342	119 294	1 646 636
Summa	23 963 297	1 678 942	25 642 239

Der Durchschnittsbetrag einer Invalidenrente belief sich bei den Versicherungsanstalten auf 153,18 Mark (im Vorjahre 150,57 M.), derjenige einer

Gesetzgebung und Verwaltung.

Zur Einführung des Neunstundentages in staatlichen Werftbetrieben

sprach Genosse Legien in der Reichstagsitzung vom 28. März. Diese Einführung war für den 1. April dieses Jahres in ziemlich sichere Aussicht gestellt worden; in der Kommission zog sich der Marine-Sekretär indes auf die Erklärung zurück, daß über den Neunstundentag eine Entscheidung noch nicht gefällt sei, sondern diese Frage noch weiter studiert werden müsse. Man wird kaum fehlgehen, diesen Rückzug der Regierung in Verbindung zu bringen mit dem Vorstoß des Centralverbandes deutscher Industrieller gegen die Einführung des Neunstundentages in den staatlichen Eisenbahnwerkstätten. Die Regierung trägt dem Unwillen dieser Unternehmergruppe nicht zum ersten Male Rechnung. Bereits vor einem Jahrzehnt verlautete, daß die Reichsmarineverwaltung auf der Danziger Werft den Achtfundentag einzuführen beabsichtige. Auch damals stellte der Centralverband der Industriellen das Reichsmarineamt sehr energisch zur Rede, und siehe da, — die ganze Verlautbarung bezüglich des Achtfundentages „beruhte auf Erfindung“, wie der damalige Staatssekretär zu erklären sich beeilte.

Auch diesmal gab die Regierung selbst zu, daß Verhandlungen mit Vertretern von Privatwerften stattgefunden haben, auf deren Ausführungen sie Rücksicht nehmen müsse, insbesondere deshalb, weil diese Vertreter nach Einführung des Neunstundentages eine 10prozentige Erhöhung der Schiffbaukosten in Aussicht stellten. Das genügt dem Reichsmarineamt, vor dem aufgebrauchten Privatunternehmertum die Segel zu streichen, anstatt ihnen durch Einführung des Neunstundentages praktisch den Gegenbeweis zu führen, daß eine Verteuerung der Produktion nicht eintrete.

Der Abg. Legien behandelte in seiner Rede zunächst eine Reihe von Arbeiterbeschwerden gegen die Werftdirektionen in Kiel und Wilhelmshaven. Die Arbeiter verlangen angesichts der eintretenden Zollerhöhungen Teuerungszulagen und vertreten ihre Forderung durch die Instanzen ihrer Gewerkschaft. Die Werftdirektionen lehnten jede Unterhandlung und Vermittelung durch außerhalb der Werften stehende Personen ab und verwiesen auf die bestehenden Arbeiterausschüsse, die sich indes nicht des Vertrauens der Arbeiter erfreuen und auch zur Vertretung von Arbeiterforderungen wegen der Gefahr der Maßregelung ihrer Mitglieder recht wenig geeignet sind. Mit Recht wies Genosse Legien den Staatssekretär darauf hin, daß die französische Marineverwaltung ihre unterstellten Behörden und Betriebsleitungen durch einen besonderen Erlaß verpflichtete, mit den Organisationen ihrer Untergebenen in Verbindung zu treten. Dieser vernünftige Standpunkt sei völlig selbstverständlich; er ergebe sich aus der Anerkennung des Koalitionsrechts von selbst.

Hinsichtlich des Neunstundentages vertrat Legien die Ueberzeugung, daß es zu dessen Einführung keiner langen Prüfungen, Erhebungen und Untersuchungen bedürfe, nachdem zahlreiche Auslandsregierungen sogar den Achtfundentag für ihre Staats- bzw. Marinebetriebe angeordnet haben. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist der Achtfundentag seit 1892 durch Gesetz für alle im Dienst oder für Rechnung des Staates beschäftigten Arbeiter und Handwerker eingeführt. Die englische Regierung machte 1893 einen Versuch im Arsenal zu Woolwich und im gleichen Jahre in den übrigen Staats-

betrieben; bereits 1896 waren 45 421 staatliche Arbeiter in achtfundiger Arbeitszeit beschäftigt, in der Privatindustrie nur 10 722. In den italienischen Marinewerftstätten wurde 1895, in französischen Staatsbetrieben versuchsweise 1899 und endgültig 1901, in Norwegen 1900 und in spanischen Staatswerkstätten 1902 der Achtfundentag durchgeführt. Und der Erfolg? Der französische Marineminister betont in einem Rundschreiben vom 7. Januar 1903 die sehr zufriedenstellenden Ergebnisse des versuchsweisen Achtfundentages, die ihm Anlaß gaben, diese Maßnahme auf alle ihm unterstellten Arsenal- und Betriebe auszudehnen.

Ein besonders interessantes Experiment veranstaltete aber die Regierung der nordamerikanischen Union, indem sie zwei gleich große Schiffe „Connecticut“ und „Louisiana“ zugleich in Arbeit gab, das erste einer Staatswerft, die seit Jahren den Achtfundentag hat, das letztere einer Privatwerft mit 10stündiger Arbeitszeit. Das Ergebnis des Versuches war, daß nach 568tägiger Arbeit der Schiffsrumpf der auf der Privatwerft hergestellten „Louisiana“ zu 54,5 Proz. fertiggebaut war, der Rumpf der „Connecticut“ auf der Staatswerft nach 570-tägiger Arbeit zu 53,6 Proz. Die „Louisiana“ brauchte dazu 12 216,1 Centner Material, die in 2 413 888 Arbeitsstunden verarbeitet wurden; das sind pro Stunde 5,6 Pfund. Die „Connecticut“ benötigte für 11 391,1 Centner Material 1 808 240 Arbeitsstunden oder 6,29 Pfund pro Stunde. Es ergab sich also, daß bei 8stündiger Arbeitszeit die Arbeitsleistung pro Stunde um 24,28 Proz. höher war als bei 10stündiger Arbeitsdauer. In der Begründung dieser Ergebnisse heißt es in dem Bericht der Unionsregierung, daß die Staatswerft höhere Löhne zahlte als die Privatwerft und diese wieder höhere als die übrigen Privatwerften. „Die höheren Löhne und die kürzere tägliche Arbeitsdauer, sowie die ständige Beschäftigung veranlassen die beste Klasse von Arbeitern, eine Anstellung auf der Staatswerft zu suchen.“

Die deutsche Reichsmarineverwaltung hält sich dagegen die leistungsfähigsten Arbeiter durch ihre Rückständigkeit in bezug auf die Arbeitsdauer gründlich von ihren Betrieben fern. Auch ihre Lohnverhältnisse sind keineswegs so günstig, wie sie scheinen lassen möchte. Genosse Legien wies im weiteren Verlaufe seiner Rede nach, daß in den staatlichen Marinebetrieben ein weit größerer Prozentsatz der Arbeiter unter 1500 Mk. an Jahreseinkommen bezieht als in ähnlichen Privatindustrien. Mit Recht verlangte der Redner: das Reichsmarineamt solle nicht bloß Löhne zahlen, für die es noch gute Arbeiter bekommt, sondern solche Löhne, daß die besten Arbeiter sich in die Staatswerftstätten drängen.

Die Antwort des Reichsmarine-Sekretärs v. Tirpitz befandete nur sehr geringes Verständnis für eine solche Auffassung der Pflichten eines Staatsbetriebes. Herr v. Tirpitz huldigt der naiven Selbstzufriedenheit: Solange sich überhaupt noch Arbeiter bei den Staatswerften um Arbeit bemühen und solange die dort Beschäftigten sich von dem Gedanken, daß sie entlassen werden könnten, „beunruhigt“ fühlen, solange müssen die Arbeitsverhältnisse noch immer idealer Natur sein.

Diese Selbstzufriedenheit wird eines schönen Tages eine bittere Enttäuschung erleben, indem die wachsende Unzufriedenheit der staatlichen Werftarbeiter plötzlich einmal einen der Regierung wenig genehmen Ausdruck finden dürfte. Auch der Hinweis auf die Maßnahmen anderer Regierungen vermochte

Altersrente auf 155,98 Mk. (1903: 154,22 Mk.) und der einer Krankenrente auf 156,67 Mk. (1903: 154,38 Mk.). Bei den 9 Pensionsklassen sind die entsprechenden Beträge durchweg höher, so der Durchschnitt der Invalidentrente 190,50 Mk., der der Altersrente 177,52 Mk. und der einer Krankenrente 186,80 Mk.

Bei den Beitragsersstattungen war der Durchschnittsbetrag in Fällen der Erstattung wegen:

Heirat	36,23 Mk.
Unfall	69,88 "
Tod	70,01 "

So gering diese Summen im Einzelfall sein mögen, so bilden sie doch für die Abhebenden meist eine schätzbare Hilfe. Insbesondere tritt die Beitragsersstattung wegen Sterbefalls mehr und mehr in den Rang einer Sterbefasse ein. Die Beitragsersstattungen wegen Heirat weisen der Zahl nach eine geringe Abnahme auf. So erfreulich dies ist, noch besser wäre es, wenn der Rückgang größer wäre. Es kann den weiblichen Versicherten, für die diese Beitragsersstattungen einzig in Betracht kommen, nicht dringend genug empfohlen werden, auf den verhältnismäßig geringfügigen Betrag zu verzichten und sich vielmehr durch freiwillige Weiterversicherung die Rechte der Invalidentversicherung zu erhalten. Mögen die Leistungen der letzteren auch nicht bedeutend sein, so sind sie immerhin bedeutungsvoll für diejenigen Perioden des physischen Glanzes, in denen der Versicherte solcher Unterstützung bedarf. Die Gewerkschaften und Arbeitersekretariate, die die Arbeiterinnen auf die Weiterversicherung hinweisen, erwerben sich um die soziale Fürsorge ein großes Verdienst.

Die Gesamteinnahmen der Versicherungsanstalten und Pensionsklassen setzen sich zusammen aus:

Beiträgen	154 087 799,36 Mk.
Zinsen	37 042 214,47 "
Grundbesitz (Miete, Pacht)	1 735 513,94 "
Sonstige Einnahmen	359 449,81 "

Einnahmen insgesamt 193 224 977,58 Mk.

Die Gesamtausgaben dagegen stellten sich auf

Renten	83 573 871,30 Mk.
Beitragsersstattungen	7 857 844,69 "
Heilverfahren	10 908 430,20 "
Invalidenthauspflege	254 068,59 "
Außerordentliche Leistungen	486 038,60 "

Entschädigungen zusammen 103 080 253,38 Mk.

Dazu für	
Allgemeine Verwaltung	8 076 081,83 Mk.
Erhebungen bei Rentengewährung	1 400 980,93 "
Schiedsgerichte, Beschwerde-, Berufungs- und Revisions- verfahren	535 585,19 "
Rentenstellen	56 477,30 "
Beitragshebung u. Kontrolle Rechtshilfe	3 674 416,12 "
Kursverlust, Abschreibungen u. sonstige Ausgaben	1 285,96 "
Verwaltungsausgaben zusammen	275 433,29 "
Ausgaben insgesamt 117 100 514,— Mk.	

Gegenüber den Gesamteinnahmen ergibt sich demnach ein Vermögenszuwachs von 76 124 463,58 Mk.

Das Gesamtvermögen aller Versicherungsanstalten und zugelassenen Kasseneinrichtungen belief sich auf 1 164 665 831,65 Mk. oder 1¹/₂ Milliarden.

Die gesamten Entschädigungsausgaben stiegen von 1903 auf 1904 um 9 782 640,84 Mk., während der Vermögenszuwachs des letzten Jahres allein 76 124 463,58 Mk., also das achtfache betrug.

Ergibt sich schon aus dieser Gegenüberstellung, wie ungerechtfertigt die Befürchtungen eines finanziellen Zusammenbruchs der Invalidentversicherung und die darauf gestützte Rentensparfucht sind, so tritt dies noch sinnvoller hervor, wenn wir einen Blick auf die gesamte Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Invalidentversicherung seit dem Anbeginn werfen. Die nebenstehende Tabelle auf S. 215 stellt die wichtigsten Ziffern der Einnahmen, Ausgaben und des Vermögens der 31 Versicherungsanstalten seit dem Jahre 1891 zusammen.

Hiernach sind in den letzten zehn Jahren die jährlichen Rentenausgaben um 49 468 000 Mk., die gesamten jährlichen Entschädigungsausgaben um 75 283 000 Mk. gestiegen. Dagegen stiegen die jährlichen Beitragseinnahmen im gleichen Zeitraum um 49 182 000 Mk. und die jährlichen Gesamteinnahmen um 76 302 000 Mk.

Die Einnahmensteigerung hat also im allgemeinen mit der Steigerung der Rentenlast und Entschädigungsbeträge gleichen Schritt gehalten. Im gleichen Zeitraum wuchs aber das Gesamtvermögen um 762 104 000 Mk. Wenn in den letzten Jahren die Gesamteinnahmen um 7,255 Millionen Mark, die Gesamtausgaben aber um 8,652 Millionen Mark, also um 1,397 Millionen Mark mehr gewachsen sind, so entspricht das völlig den Voraussetzungen bei jeder Versicherung, wonach die Ausgaben rascher wachsen, als die Einnahmen, bis ein gewisses Beharrungsstadium erreicht ist. Aber angesichts einer zehnjährigen Vermögenssteigerung von mehr als ¾ Milliarden Mark von einer besorgniserregenden Entwicklung zu reden, wenn das jährliche Einnahmenplus hinter dem Ausgabenplus um 1,4 Millionen Mark zurückbleibt, dazu gehört weit mehr als ein gewöhnlicher Pessimismus. Das ist nur erklärlich bei Bürokraten, die den invaliden Arbeitern die ohnehin kargen Renten, auf welche diese Anspruch haben, nicht gönnen. Auf welche Mittel dieser Pessimismus verfällt, um die naturgemäß wachsenden Ausgaben zu verringern, ließ nicht allein der in Nr. 13 dieses Blattes besprochene Jahresbericht der Versicherungsanstalt für Schlesien erkennen, nach dessen Angaben durchschnittlich jeder dritte Antrag auf Invalidentrente und jeder sechste Antrag auf Altersrente abgelehnt wurde, sondern es spiegelt sich auch in der Statistik der gesamten Invalidentversicherung wieder, nach der im Jahre 1904 seitens der Versicherungsanstalten 8279 Invalident- und 349 Altersrenten weniger als im Vorjahre bewilligt wurden. Was das angesichts der stetig wachsenden Zahl der Versicherten und des steigenden Altersdurchschnittes derselben bedeutet, bedarf kaum füglich noch einer Erklärung. Sollte sich aber die Invalidentversicherung in dieser Weise noch weiterhin zurückentwickeln, so wird die Arbeiterklasse mehr als bisher daraus Anlaß nehmen, durch ihre Gewerkschaften und Arbeitersekretariate, durch die Presse und durch ihre Vertreter im Reichstage Kritik zu üben und auf eine Reform dieser bürokratisch-antifozialen Verwaltung hinzuwirken. Nach wie vor vertreten wir den Standpunkt, daß die Invalidentversicherung zunächst für die invaliden Arbeiter da ist und daß allen berechtigten Ansprüchen derselben Rechnung zu tragen ist. Erweist sich dies im Rahmen der bisherigen Einnahmen als unmöglich, so ist eine Neuregelung der Beiträge vorzunehmen. Es ist nicht

Jahr	Es betragen die Einnahmen		Es betragen die Rentenausgaben					Gesamt- ausgaben in 1000 M.	Gesamt- vermögen in 1000 M.	Es stiegen die Einnahmen		Es stiegen die Ausgaben		Es stieg das Gesamt- vermögen in 1000 M.
	an Beiträgen in 1000 M.	insgesamt in 1000 M.	Invalidenrenten in 1000 M.	Altersrenten in 1000 M.	Stranrenten in 1000 M.	Beitrags- erstattung in 1000 M.	gesamte Entschäd- ausgab. in 1000 M.			aus Beiträgen in 1000 M.	insgesamt in 1000 M.	für Entschädigung in 1000 M.	insgesamt in 1000 M.	
1891	88386,9	89647,3	—	9048	—	—	9049,1	16273,5	76748,3	—	—	—	—	—
1892	88530,6	92070,7	713	12318	—	—	13096,3	26942,5	151891,2	857	2423	4047	4832	75143
1893	89892,2	95785,8	2797	13386	—	—	16208,0	27377,0	227200,0	1362	3665	3112	3340	75309
1894	92730,4	101329,4	5388	14377	—	—	19787,4	32512,0	304312,6	2888	5594	3579	4166	77112
1895	95351,8	106716,5	8397	15630	—	—	24218,1	37337,9	381677,4	2621	5387	4531	5386	77365
1896	101526,3	114536,8	11588	16187	—	1904	29690,2	37017,4	480638,9	6176	7820	5472	6460	78961
1897	104666,5	119879,5	15071	16299	—	3298	34815,8	43120,5	538964,5	3140	5343	5125	6103	78326
1898	109386,9	126838,3	19407	16846	—	4387	42606,0	49845,5	618105,6	4720	6959	7790	6725	79141
1899	118304,7	137912,1	24074	15980	—	5313	49091,1	59883,8	701532,5	8916	11074	6485	7108	83427
1900	117973,5	143319,0	—	45936,6	—	6455	57662,0	67063,7	777804,0	330	5407	8571	10110	76272
1901	123492,2	151801,0	—	52393,0	—	6743	65964,2	76158,4	854163,0	5419	8482	8902	9095	76359
1902	127785,6	158800,4	—	60684,2	—	6941	76482,6	87700,1	926455,2	4293	9000	10518	11542	72292
1903	134656,9	168213,6	—	69233,5	—	7341	86418,2	98405,0	996329,7	6871	9413	9935	11700	70174
1904	141912,2	177631,3	—	76953,2	—	7636	95070,9	108084,1	1066416,1	7255	9417	8652	9679	69786

angängig, erwerbsunfähige Arbeiter unter den Mängeln einer sozialen Einrichtung leiden zu lassen. Die Ansammlung von Milliardenvermögen aber widerlegt die Befürchtung unzureichender Einnahmen auf das schlagendste, und mit um so größerem Nachdruck muß verlangt werden, daß die Mittel der Invalidenversicherung in größerem Umfange verwendet werden, um dem physischen Elend der Erwerbsunfähigkeit Einhalt zu gebieten.

Arbeiterkämpfe in Canada. Das canadische Arbeitsamt hat vor einigen Wochen die Statistik der Streiks und Aussperrungen pro 1905 veröffentlicht. Es brachen insgesamt 83 Arbeitskämpfe aus gegen 103 im Vorjahre; die Zahl der Beteiligten stieg dagegen von 15 665 in 1904 auf 16 127 in 1905, die der verlorenen Arbeitstage von 278 956 auf 284 140. Am stärksten war die Streikbewegung in den Sommermonaten Juni bis September (4200, 2500, 2500 und 3300 Beteiligte), am schwächsten im Februar und Oktober. Der Umfang der Arbeitskämpfe gestaltete sich wie folgt: 1000 oder mehr Arbeiter waren in 4 Fällen beteiligt, 500—1000 Arbeiter in 5 Fällen, 300—500 Arbeiter in 4 Fällen, 100—300 Arbeiter in 20 Fällen, weniger als 100 Arbeiter in 53 Fällen. Es handelte sich daher meist um kleine Konflikte. Im Jahre 1904 betrug die Zahl der Arbeitskämpfe mit je 1000 oder mehr Beteiligten 5; 1903 10; 1902 2; 1901 6; 1903 waren auch nahezu doppelt so viele Arbeitskämpfe mit weniger wie 1000 Beteiligten vorgekommen als 1905. Auf den Bergbau entfielen von allen Streiks und Aussperrungen 12; auf die Metallindustrie 13; auf die Bekleidungsindustrie 11; auf die graphischen Gewerbe 7; auf die Baugewerbe 19; auf die anderen Gewerbegruppen je 1—4. Die Baugewerbe standen in den beiden Vorjahren ebenfalls an erster Stelle. Veranlaßt wurden 38 Arbeitskämpfe durch Lohnforderungen (1904 43), 3 durch Forderungen betreffend die Arbeitszeit (ebensobiele im Vorjahre), 4 durch Forderungen betreffend Lohn und Arbeitszeit (1904 8), 9 durch die Beschäftigung gewisser Personen (1904 16), 8 durch Unzufriedenheit mit sonstigen Arbeitsbedingungen (1904 4), einer durch die Forderung auf Anerkennung der Gewerkschaft (1904 4); den übrigen Fällen lagen verschiedene Ursachen zugrunde. — Von 1901—1904 verliefen mehr als die Hälfte aller Arbeitskämpfe ganz oder teilweise zugunsten der Arbeiter; das Jahr 1905 schloß ungünstiger ab, doch ist in 10 Fällen das Resultat noch nicht bekannt; es endeten:

im Jahre	vollständig b. Arb.		teilw. zug. d. Arb. Untern.		unbestimmt
	aug.	z. Arb.	aug.	z. Arb.	
1901	39	22	40	—	—
1902	46	33	35	4	—
1903	45	46	46	10	—
1904	24	34	34	9	—
1905	24	15	37	10	—

Die canadische Statistik unterläßt es leider, die Zahl der Arbeiter anzugeben, welche an erfolgreichen und erfolglosen Streiks und Aussperrungen teilgenommen haben. — Durch gemeinsames Verhandeln der beteiligten Parteien wurden im Jahre 1905 41 Arbeitskämpfe beigelegt; durch die Intervention des Arbeitsamts zu Ottawa 2, durch das Schiedsgericht in Quebec einer; alle anderen endeten ohne daß Verhandlungen stattfanden. *Folgt.*

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Rückblicke.

IX.

Die Organisationen in der Papier- und Lederindustrie haben sich im Vorjahre weiter günstig entwickelt. Die Mitgliederzahl erfuhr eine im allgemeinen günstige Steigerung und auch das finanzielle Ergebnis, die diesbezügliche Stärkung der Organisationen blieb nicht aus. Hieron bietet der Buchbinderverband ein Beispiel, der trotz heftiger innerer Zwistigkeiten in der Verbandsleitung doch eine Zunahme von 1253 Mitgliedern erzielte, oder von 16 608 auf 17 861. Diese Zunahme ist allerdings im Verhältnis erheblich ungünstiger, als die von 1904, die 2719 betrug. In Prozent ausgedrückt ergibt das für 1904 eine Steigerung von 19,57 Proz., während sie für 1905 nur 7,54 beträgt.

Dagegen zeigt die Sattlerorganisation, die ihre Mitgliederzahl steigerte von 4640 am 31. Dezember 1904 auf 6010 am Jahreschluß 1905, eine Zunahme um 1370. Der Verband der Portefeuilier steigerte gleichfalls seine Mitgliederzahl um über 1000 Mitglieder, genau 1072, oder von 2507 am Schluß des vierten Quartals 1904 auf 3579 am Schluß des gleichen Quartals 1905. Der Zuwachs in diesen beiden dem Buchbinderverbände nahe verwandten Organisationen ist also ein ganz beträchtlicher.

Die Lederarbeiter hatten zu Beginn des Jahres 1905 eine Mitgliederzahl von 5 778, die sich

Der Verband der Sattler versendet seinen Rechenschaftsbericht pro 1905. In Anbetracht des demnächst stattfindenden Verbandstages, über den wir ja berichten werden, können wir uns heute eine Besprechung ersparen. Das gleiche gilt von dem Jahresbericht des Zentralverbandes der Steinarbeiter pro 1905, der ebenfalls in dem Verbandstagsbericht gewürdigt werden wird. Für heute sei nur bemerkt, daß der Mitgliederstand sich über die von uns in Nr. 12 mitgeteilte Zahl von 13 433 im zweiten Quartal hinaus auf 14 886 am Schlusse des vierten Quartals gesteigert hat. Das ergibt für das Jahr 1905 eine Durchschnittszahl von 13 869 Mitgliedern oder eine Zunahme gegenüber 1904 von rund 38 Proz.

Verbandsauschuß und Vorstand des Tabakarbeiterverbandes haben in einer besonderen Beilage des Fachorgans eine eingehende Darstellung der Verhältnisse gegeben, die zur Amtsentsetzung des Dresdener Lokalbeamten und damit zum Konflikt mit einem Teile der Dresdener Mitglieder führten.

Aus einzelnen Filialen und Gauen der Zentralverbände notieren wir den Jahresbericht der Ortsverwaltung Berlin des Buchhändlerverbandes; Bericht der Zahlstelle Hamburg des Verbandes der Maschinisten und Heizer, sowie eine Darstellung über die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die Ausiperrung 1905, nebst Jahresbericht des dortigen Gauverbandes des Maurerverbandes.

Der Zentralverein der Bildhauer zählt am Schlusse des vierten Quartals 4875 Mitglieder. Der Vermögensstand betrug 88 574,07 Mk.

In seiner Nr. 39 bringt der Buchdrucker-„Korrespondent“ einen „Wunschzettel an die Adresse der Generalkommission“, wonach diese „mit ihren alljährlichen Statistiken, die ein so vorzügliches Informationsmaterial für die Führung des Gewerkschaftskampfes abgeben, auch Erhebungen über die Entwicklung des Tarifwesens verbinden muß.“ In der Begründung dieses Wunsches führt der „Korrespondent“ an, daß ein Ueberblick über diese Materie immer schwieriger geworden ist seit der Zeit, wo Fanny Jule ihren Versuch machte.

Wir können dem „Korrespondent“ in diesem Wunsche nicht so unbedingt beistimmen, wie er von der Gewerkschaftspresse erwartet. Zunächst ist zu bemerken, daß doch seitens des Reichsstatistischen Amtes mit Hilfe der Gewerkschaften bezw. der Generalkommission bereits im Jahre 1903 eine derartige Erhebung veranstaltet wurde, deren vorläufige Resultate in Heft 2 des „Reichsarbeitsblattes“, Jahrgang 1904, veröffentlicht wurden. Ueber die Zahl der Fälle, in denen jährlich Tarifverträge zum Abschluß gelangen, ist bereits in der Statistik über die Lohnbewegungen 1904 mit der Berichterstattung begonnen worden. (Siehe „Correspondenzblatt“, Tabelle I, Seite 620, Jahrgang 1905.) Für das Jahr 1905 ist diese Berichterstattung auch auf die aus den Streiks hervorgehenden Tarifverträge ausgedehnt. Desgleichen wird die Zahl der an den Tarifverträgen beteiligten Arbeiter von diesem Jahre an festgestellt. Wenn dann weiter seitens des Reichsstatistischen Amtes in periodischen Zwischenräumen eine eingehende Darstellung der Entwicklung des Tarifwesens gegeben wird, ähnlich der oben erwähnten, 1904 publizierten, deren eingehende Bearbeitung in Buchform noch erfolgen soll, so dürfte das so gewonnene Gesamtmaterial vollauf-

genügen, so daß eine weitere diesbezügliche Belastung der statistischen Arbeiten der deutschen Gewerkschaften nicht erforderlich erscheint.

Einen erfreulichen Aufschwung nimmt in neuerer Zeit der Fabrikarbeiterverband. Noch im April 1904 erschien das Verbandsorgan, „Der Proletarier“, in einer Auflage von 51 600 Exemplaren. Mit der Nr. 7 vom 31. März d. J. kann nun das Blatt mit einer Auflage von über 100 000 aufwarten, genau 106 000, wozu noch zirka 900 Leser der fremdsprachigen Blätter, die von der Generalkommission herausgegeben werden, und 2765 Leserinnen der „Gleichheit“ kommen. Das entspricht einer ungefähren Mitgliederzahl von rund 100 000, die der Fabrikarbeiterverband heute unter seiner Fahne vereinigt, eine wachere Zahl, wenn man bedenkt, mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten der Organisationsgedanke unter den ungelerten Arbeitern zu kämpfen hat und welche Opfer der einzelnen Verbandsgenossen dazu erforderlich waren, die Organisation auf diese Höhe zu bringen. Von unseren Gewerkschaften ist der Fabrikarbeiterverband die fünfte Organisation, die den Stand von 100 000 Mitgliedern erreicht bezw. überschritten haben. Die Organe der Metallarbeiter, Maurer, Holzarbeiter, Bergarbeiter und Fabrikarbeiter haben demnach bereits eine wöchentliche Auflage von über 800 000 Exemplare, die in den verschiedensten Gegenden und Orten Deutschlands ihre Verbreitung finden. Fünf wöchentlich erscheinende Gewerkschaftsblätter haben zusammen über 800 000 Leser in allen Teilen Deutschlands; — das erfüllt uns mit freudigem Stolz und vergewissert uns, daß die Ideen, für die die deutschen Gewerkschaften kämpfen, immer weitere Arbeiterschichten erfassen, sie immer mehr auf das Feld des Kampfes rufen, womit der Tag immer näher rückt, an dem der Erniedrigung Festen fallen müssen.

Nach der Abrechnung des Verbandes der Glaser für das vierte Quartal 1905 betrug die Mitgliederzahl des Verbandes am 31. Dezember 4783 in 84 Filialen und 113 Einzelmitglieder. Der Kassenbestand belief sich auf 33 042,14 Mk. gegen 24 605,16 Mk. am Schlusse des vorhergehenden Quartals.

Für die Einführung der Krankenunterstützung im Holzarbeiterverbande hat sich neuerdings auch die Konferenz des Gaus Breslau mit 24 gegen 3 Stimmen ausgesprochen.

Das vom Verbande der Maurer herausgegebene Werk Karl Frohmes, „Arbeit und Kultur“, ist bereits in dritter Auflage vergriffen. Falls genügende Bestellungen einlaufen, ist der Verbandsvorstand bereit, eine vierte Auflage zu veranstalten.

Der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes hat die Anstellung einer Hilfsarbeiterin für das Verbandsbureau beschlossen und die Stellung im Fachorgan ausgeschrieben.

Eine Konferenz der im Sattlerverbande organisierten Militärsattler Deutschlands fand am 11. März in Elberfeld statt, um über die Verhältnisse dieser Branche zu beraten und den Bericht der vor etwa fünf Jahren eingesetzten Tarifkommission entgegenzunehmen. Die Konferenz nahm u. a. eine Resolution an, die sich für den Abschluß von Tarifverträgen, vor allem eines Zentraltarifs für ganz Deutschland, als ein Mittel gegen die Herabdrückung der Löhne durch das Submissionswesen ausspricht, die Abschaffung der Heimarbeit fordert usw.

am 31. Dezember 1905 nach der Angabe im „Reichsarbeitsblatt“ auf 6859 gesteigert hatte. Die Verbandsabrechnung für das Jahr 1905 liegt zwar noch nicht vor, aber nach den bisherigen Erfahrungen war die Mitgliederzahl stets etwas höher nach den Abrechnungen, als nach den Berichtarten für die arbeitslosenstatistische Zählung, so daß auch bei diesem Verbandsabrechnung die tatsächliche Zunahme auf 12—1300 beziffert dürfte. Bei den Tapezierern stieg die Mitgliederzahl im Jahre 1905 von 5620 auf 6775.

Die Organisationen in der Papier- und Lederindustrie hatten demnach am Jahreschluß folgende Mitgliederzahlen aufzuweisen:

	1904:	1905:	Zunahme:
Buchbinder	16 608	17 861	1253
Sattler	4 640	6 010	1370
Portefeuller	2 507	3 579	1072
Lederarbeiter	5 778	6 859	1081
Tapezierer	5 620	6 775	1155
Summa	35 153	41 084	5931

An Kämpfen fehlte es auch diesen Organisationen im Vorjahre nicht. Die verteuerten Lebensverhältnisse machten es auch hier den Arbeitern notwendig, die allgemeine Wirtschaftskonjunktur nach Möglichkeit auszunutzen. Die Sattler waren in 23 Streiks und 5 Aussperrungen verwickelt, an denen 766 Personen beteiligt waren. 18 dieser Kämpfe endeten mit vollem oder teilweisem Erfolg, während 10 erfolglos waren, die Kosten beliefen sich auf 22 453 Mk. Die Lederarbeiter waren besonders durch zwei langwierige Kämpfe, davon eine Aussperrung, hart ins Treffen geraten, und die Kosten beliefen sich auf rund 160 000 Mk., für die kleine Organisation eine respektable Leistung. Insgesamt wurden von ihnen in 58 Orten Lohnbewegungen mit 2777 Beteiligten durchgeführt, zum großen Teile mit den besten Erfolgen.

Die Lohnbewegungen der Buchbinder verursachten dem Verbandsverbande an Kosten insgesamt 34 721,98 Mk., soweit aus den Quartalsabrechnungen ersichtlich. Die Portefeuller führten in Offenbach und Umgegend eine große Tarifbewegung durch, die recht erfolgreich verlief und dadurch eine besondere Bedeutung erlangt, weil auch die Heimarbeit tariflich erfasst wurde. Die Streikbewegung bei den Tapezierern war im ersten Halbjahr recht lebhaft. Die Gesamtkosten für die Lohnbewegungen und Streiks beliefen sich nach den Verbandsabrechnungen auf 50 669,42 Mk.

Von den Organisationen, die keiner bestimmten Industriegruppe angehören, ist der Fabrikarbeiterverband der bedeutendste. So schwer auch der Boden, den diese Organisation zu beackern hat, so groß sind neuerdings ihre Erfolge. An anderer Stelle des heutigen „Correspondenzblattes“ teilen wir das 100 000-Jubiläum des Verbandsorgans, „Der Proletarier“, mit. Am Schlusse des vierten Quartals 1904 zählte der Verband 50 781 Mitglieder. Nach der Statistik im „Reichsarbeitsblatt“ betrug sie am Schlusse 1905 insgesamt 65 996, welche Ziffer durch die endgültige Verbandsabrechnung zweifelsohne noch eine Erhöhung erfahren wird.

Diesem Vorwärtsschreiten der Organisation entsprechen auch durchaus deren Kämpfe. Im Jahre 1905 wurden in 186 Fällen Forderungen an die Unternehmer gestellt. In 61 Fällen konnten diese Lohnbewegungen bereits auf dem Verhandlungswege ihre Erledigung finden. Dagegen führten die übrigen

125 Fälle zu Kämpfen, davon 21 Aussperrungen, 42 Abwehrstreiks und 62 Angriffsstreiks mit zusammen 9267 Beteiligten. Erreicht wurde durch die Lohnbewegungen und -Kämpfe eine Arbeitszeitverkürzung für 1808 Personen mit 4610 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung für 9619 Personen von 18 279 Mk. pro Woche. Die Kosten beliefen sich insgesamt auf 3 725 999 Mk.

Der Verband der Gemeindebetriebsarbeiter hat im Vorjahre seine Mitgliederzahl erheblich vermehrt. Allerdings liegt uns die letzte Quartalsziffer noch nicht vor, wohl aber die vom dritten Quartal, die eine Mitgliederzahl von 18 877 aufweist gegenüber 12 464 am Schlusse des gleichen Quartals 1904. Auch im vorigen Jahre befaßte sich der Verband hauptsächlich mit Eingaben an die Behörden und war an Lohnkämpfen weniger beteiligt. Zu notieren wäre eine Bewegung unter den Gasarbeitern, die auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes drängen und die Verwirklichung ihrer auf der Gasarbeiterkonferenz 1903 aufgestellten Forderungen erstreben, darunter die achtstündige Arbeitszeit für den Innenbetrieb mit Dreischichtwechsel. In einzelnen Städten, Chemnitz, Barmen, Königsberg i. Pr. und Wiesbaden, ist diese Forderung nunmehr bereits erfüllt.

Die Zivilberufsmusiker haben auch im vergangenen Jahre ihren Kampf gegen die Konkurrenz durch die Militärmusiker fortgesetzt, und soviel ist heute bereits erreicht, daß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diesen unerhörten Mißstand gelenkt worden ist. Auf der anderen Seite haben es allerdings eine Anzahl von Gastwirten für gut befunden, diesem durchaus gerechten Verlangen der Zivilberufsmusiker Hindernisse in den Weg zu legen, indem sie für die Militärmusik eintraten. Es handelt sich hier um sogenannte staatserkaltende Elemente, die die Interessen der Militärmusiker gegenüber den um ihre Existenz ringenden Zivilmusikern wahrnehmen. Ein Umstand, der den noch bürgerlichen Idolen in großer Zahl nachlaufenden Zivilmusikern die Augen öffnen sollte, daß sie nur in der Einheitsorganisation auf unserer rein gewerkschaftlichen Grundlage ihre Ziele erreichen können.

Berichtigung: In den „Gewerkschaftlichen Rückblicken“ VI. ist Seite 153 ein Druckfehler enthalten, den wir zu korrigieren bitten. Es steht da bezüglich der Tabakarbeiter, daß diese zurzeit ihres Verbandstages, 2. Oktober 1905, 28 872 Mitglieder zählten; es soll heißen: 24 872 Mitglieder.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

An Verbandspublikationen sind uns in den letzten Wochen wieder einige Neuerscheinungen zugegangen. Wir nennen zunächst den Rechenschaftsbericht für das Jahr 1905 des Verbandes der Elsaß-Lothringischen Buchdrucker. Der Bericht konstatiert eine stetige Zunahme in der Mitgliederzahl, die am Ende des Jahres 940 betrug. Trotz der großen Belastung durch die Unterstützungszweige, besonders durch die Krankenunterstützung, konnte die Verbandskasse mit einem Ueberschuß von 7273,12 Mk. abschließen, so daß der Vermögensbestand am Jahreschluß auf 133 858,05 Mk. angewachsen ist. Die Krankenunterstützung erforderte einen Aufwand von 17 125,60 Mk.; die Invalidenunterstützung 4728 Mk., die Arbeitslosenunterstützung 3773 Mk. usw. Der Bericht bemerkt, daß das Verhältnis zu der deutschen Bruderorganisation ein gutes ist, wie auch zu den übrigen Gewerkschaften.

Der Töpferverband hat in den letzten Wochen einen Mitgliederstand von 11 000 bereits überschritten. Die folgenden Zahlen zeigen die stetige Entwicklung des Verbandes während der letzten Jahre: 1899 hatte der Verband 6517 Mitglieder, 1900: 7146, 1901: 7525, 1902: 8644, 1903: 9488, 1904: 10 353 und am Schlusse des Jahres 1905: 10 954 Mitglieder. Heute ist das 11. Tausend bereits überschritten.

Der „Deutsche Zeichnerverband“ blickte am 6. April d. J. auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Auf einem allgemeinen Zeichnertag am 6. April 1896 in Leipzig wurde die Gründung des Verbandes beschlossen. Allerdings wurde der Anfang ein sehr bescheidener — ganze 57 Personen erklärten ihren Beitritt, und es gehörte ein gut Teil Optimismus, aber auch Arbeitsfreudigkeit, um die Arbeit der Organisation aufzuerheben. Umso mehr, als unter den Berufsangehörigen das Verständnis für die sozialen Aufgaben unserer Zeit fast vollständig fehlte. Die Entwicklung des Kapitalismus in diesem Jahrzehnt aber, sein immer rücksichtsloseres Auftreten, um Profit zu machen, haben auch diesen Berufskreis immer mehr die Augen geöffnet, und heute kann wohl konstatiert werden, daß die anfangs so schwache Idee der Organisation zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen bereits unter ihnen festen Fuß gefaßt hat. Der Zeichnerverband gehört zwar bis heute nicht unserer gewerkschaftlichen Zentralisation an, steht vielmehr noch isoliert da, aber wir wissen, daß hierzu nicht böser Wille den Anlaß gibt, sondern den besonderen Verhältnissen entsprechende taktische Erwägungen. Möge die Organisation daher in nicht allzu ferner Zukunft den Erfolg ihrer Bemühungen soweit gediehen sehen, daß sich die große Mehrzahl der Berufsangehörigen unter ihrer Fahne sammelt.

Die Achtstunden-Bewegung in Frankreich.

Nur noch wenige Wochen trennen uns vom 1. Mai, an welchem gemäß dem Beschlusse des Gewerkschaftskongresses in Bourges (September 1904) der Achtstundentag nur allein durch den Willen der Arbeiter, nicht mehr länger als 8 Stunden bei gleichem Lohne als bisher zu arbeiten, zur Tatsache werden soll. Sehen wir, welche die Aussichten dieser Bewegung sind. Es muß anerkannt werden, daß die Konföderation der Arbeit seit einem Jahre eine sehr rege Propaganda entwickelt hat. Auf zahlreichen Agitationstouren nach allen Teilen Frankreichs wurde in sehr rühriger Weise für den Achtstundentag Propaganda gemacht. Außerdem wurde durch alle möglichen Mittel die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf die kommende Bewegung für Herabsetzung der Arbeitszeit gelenkt. Die Gewerkschaftsorgane enthielten zwischen den einzelnen Artikeln kurze und passende Hinweise auf die Notwendigkeit eines kurzen Arbeitstages in moralischer und hygienischer wie in materieller Hinsicht, Plakate mit den gleichen Aufrufen und Hinweisen wurden in großer Zahl zum Anschlag verfaßt, auch verbreitete man große Mengen von gummierten Etiketten zum Ankleben, auf welchen gleichfalls die Notwendigkeit des Achtstundentages betont wurde. An der Fassade der Arbeitsbörse prangt mit weit hin sichtbaren Buchstaben auf weißem Leinen gedruckt die Aufschrift: „Am 1. Mai 1906 arbeiten wir nur noch acht Stunden.“ Diese Art Anschlag war den Behörden besonders ein Dorn im Auge. Durch alles dies ist ja sicher die Aufmerksamkeit weiter Schichten der Bevölkerung geweckt worden.

Niemand aber wird glauben wollen, daß diese Mittel ausreißend seien, um den Achtstundentag in allen Betrieben durchzusetzen, zumal noch viele Arbeiter, namentlich in der Nahrungsmittelbranche usw. länger als 10 Stunden arbeiten.

Hierzu kommt, daß schon mehrere Verbände, die Unmöglichkeit der Erringung des Achtstundentages mit obigen Mitteln einsehend, den Mut hatten, dies einzugehen und also nicht mitmachen. So die Textilarbeiter, welche auf ihrem Kongresse vom August vorigen Jahres in Rouen Stellung zu dem Beschlusse von Bourges nehmen mußten. Nach heftiger Diskussion zwischen den Anhängern der zwei in Frankreich dominierenden gewerkschaftlichen Tendenzen entschied sich der Kongress mit 575 gegen 227 Stimmen gegen den Beschluß in Bourges, weil, so erklärte man, die Zahl der Organisierten in der Textilindustrie noch zu gering und die Organisation selbst zu schwach sei, um die große Zahl der Nichtorganisierten mitzureißen. Hinsichtlich der Abstimmung ist zu bemerken, daß dieselbe nach der von den 45 Delegierten vertretenen Zahl der zahlenden Mitglieder erfolgte und zwar so, daß auf je 25 Mitglieder eine Stimme entfiel. In diesem Verbandsorgan existiert also die proportionale Vertretung. Wie schwach der Verband der Textilarbeiter ist, geht daraus hervor, daß der Verbandsbeitrag pro Mitglied und pro Monat nur 4 Pfennige beträgt, wofür noch an die Mitglieder (25 000) das Verbandsorgan geliefert werden muß; alle Anträge auf Beitragserhöhung wurden abgewiesen. (1) In der Resolution gegen den Beschluß in Bourges sprach sich der Kongress dann für den Beschluß des Internationalen Textilarbeiterkongresses in Mailand aus, nach welchem die Herabsetzung der Arbeitszeit von den öffentlichen Gewalten verlangt werden sollte.

Auch die Eisenbahner (Arbeiter und Angestellten) haben sich kürzlich gegen den Beschluß in Bourges ausgesprochen; das Organ derselben verwies auf den unglücklichen Generalstreik von 1898, bei welchem die Organisation die Hälfte ihrer Mitglieder verlor, und dann auf das Risiko für die Eisenbahner, welche vor allem ihre Rechte auf Pension einbüßen würden usw.

Die Handschuhmacher beschlossen auf ihrem Kongress in Saint-Junien (September v. J.), daß es ihnen vor allem wegen der großen Ausdehnung der Hausarbeit unmöglich sei, sich an der Bewegung für den Achtstundentag zu beteiligen.

Die Buchdrucker, welche hier mit die beste gewerkschaftliche Organisation besitzen und welche auf dem Kongresse in Bourges den plötzlichen Sprung auf 8 Stunden pro Tag bekämpften, erklärten auf ihrem Kongress in Lyon (Anfang Juni 1905), daß sie im Prinzip für den Achtstundentag seien, aus verschiedenen Gründen es aber für besser hielten, etappenweise vorzugehen und am 1. Mai d. J. neun Stunden (anstatt wie bisher 10 Stunden) verlangen würden; nach Erreichung derselben hofften sie leichter auch die 8 Stunden erringen zu können; wegen diesem Beschlusse sind die Buchdrucker aber heftig angegriffen worden. Weiter hinten kommen wir noch auf die von den französischen Buchdruckern eingeleitete Bewegung zurück.

Die französischen Sozialisten sind ja nicht darüber erfreut, daß die Bewegung um den Achtstundentag genau mit den Wahlen zur Abgeordnetenkammer zusammenfällt. Der Kongress in Bourges nahm hierauf aber keine Rücksicht. Die Majorität der Leiter der französischen Gewerkschaften hält übrigens

sehr wenig oder nichts von der politischen Betätigung der Arbeiterklasse und möchte der gewerkschaftlichen Tätigkeit selbst diejenigen Gebiete zuweisen, welche in den meisten Ländern mit sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen den ersteren überlassen werden. Hier in Frankreich ist dies unter anderem der Fall mit dem Antimilitarismus, welcher von den Gewerkschaften sehr in den Vordergrund ihrer Tätigkeit gedrängt wird. Infolge der Verbreitung eines Plakates gelegentlich des Einrückens der Rekruten im letzten Herbst, in welchem sich Ratschläge für die jungen Soldaten befanden, die wohl besser unterblieben wären, erfolgten seitens des Pariser Schwurgerichts furchtbar harte Verurteilungen. Während Gustav Hervé als Hauptschuldiger zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, wurden drei andere Angeklagte zu 3 Jahren, einer zu 2 Jahren, drei zu 1½ Jahren, siebzehn zu 1 Jahr und einer zu 6 Monaten verurteilt; außerdem wurde jeder dieser 26 Kameraden zu 80 Mk. Strafe verurteilt. Da die meisten derselben Gewerkschaftsleiter waren, so bedeutet ihre Verurteilung und Einsperrung einen empfindlichen Verlust für die Achtstundenbewegung; infolge erneuten Anschlags desselben Plakates mit über 2000 Unterschriften werden nun neue Prozesse gegen eine große Anzahl der Unterzeichner angestrengt, wodurch eine weitere Anzahl von Propagandisten für die Bewegung verloren geht.

Zu all diesen Schwierigkeiten kommt nun noch, daß die meisten Gewerkschaften mit wenigen oder ohne Mittel in den Kampf treten werden; man hat es nicht für notwendig gehalten, seit dem Kongreß in Bourges die Klassen zu stärken; Extrabeiträge werden unseres Wissens nur von den Buchdruckern erhoben (seit 1. Juli 1905 8 Pf. pro Woche). Allerdings geht man ja von der Voraussetzung aus, daß der Kampf um den Achtstundentag ein kurzer sein wird; den Arbeitern wird angeraten, vom 1. Mai ab nach einer Arbeitsleistung von 8 Stunden einfach die Arbeit zu verlassen und die folgenden Tage es ebenso zu machen. Da die Unternehmer hiermit nicht einverstanden sein werden, steht der Ausbruch zahlreicher Streiks bevor; um die Unternehmer mirbe zu machen, rechnet man allerdings auf die Anwendung von Mitteln wie le Sabottage (Pfuscharbeit oder Beschädigung von Arbeitsinstrumenten, wie Maschinen usw.). Bei diesen Ansichten und Plänen kann man sich darauf gefaßt machen, daß es zwischen den Arbeitern und der bewaffneten Macht zu ernstern und zahlreichen Konflikten kommen wird, deren Ausgang nicht voraussehen ist. Daß die Befürchtungen unter diesen Umständen ziemlich große sind, wird man begreifen.

Selbstverständlich wird das Unternehmertum bei den kommenden Ereignissen darauf rechnen, daß Polizei und Militär für seine Interessen eintreten wenn auch Clémenceau Minister des Innern und Briand ein Verteidiger des Generalstreiks, gleichfalls Minister ist (für Kultus und Unterricht).

Nach vorstehenden Ausführungen wird man sich wohl ein ungefähres Bild von den taktischen Ansichten der Mehrheit der französischen Gewerkschaftsleiter machen können; letztere haben eine große Verantwortung übernommen; auf jeden Fall wird durch den Ausgang der nahen Bewegung die Klärung innerhalb der französischen Gewerkschaftsbewegung beschleunigt werden, was allerdings von dringendster Notwendigkeit ist.

Wie wir schon weiter oben bemerkten, treten die Buchdrucker nur für den Neunstundentag ein, indem

sie aus den Kämpfen, welche die Verbände Deutschlands, Oesterreichs, der Schweiz usw. für diese Forderung zu führen hatten, zu lernen suchten. Auf dem Buchdruckerkongreß in Lyon erklärte der Delegierte der Pariser Korrektoren, Billeval (Mitglied des leitenden Comités der Konföderation), die Buchdrucker täten besser, gleichfalls für acht Stunden einzutreten, weil sie sich schließlich auf dem Verhandlungswege immer noch mit neun Stunden begnügen könnten; ihm wurde entgegnet, daß die übrigen, dem internationalen Buchdruckersekretariat angeschlossenen Verbände es sicher sonderbar finden würden, acht Stunden zu verlangen, um sich nach dem Kampfe mit neun Stunden zu begnügen, während diese Verbände nur neun Stunden verlangten und erzielten. Die französischen Buchdrucker, welche ja ihrerseits alle Kämpfe ihrer Kollegen im Auslande stets unterstützten, zählen auf die Unterstützung durch das internationale Sekretariat. Man hat sich bemüht, Mittel für die bevorstehenden Kämpfe anzusammeln; Propagandisten bereisen seit Monaten Frankreich, um die Agitation zu unterhalten, neue Mitglieder zu werben und die Buchdruckereibesitzer auf die Notwendigkeit der Bewilligung der neun Stunden aufmerksam zu machen. Die Bewegung berechtigt zu guten Hoffnungen. Auch in Paris wurden zahlreiche Versammlungen in den verschiedenen Vierteln abgehalten. Hier haben die Löhne seit dem unglücklichen Streik von 1878 keine Aufbesserung erfahren und stehen dieselben deshalb gegen diejenigen vieler anderer Pariser Arbeiter zurück. Bisher betrug das Minimum des Gehaltgeldes (Tagelohn) 6,50 Fr. (5,20 Mk.) bei zehnstündiger Arbeitszeit, während man jetzt für neun Stunden 7,20 Fr. (5,76 Mk.) verlangen wird; für die im Berechnen arbeitenden Setzer tritt natürlich ein Aufschlag ein. Da der erste Wahlgang für die Abgeordnetenwahlen jetzt für den 6. Mai festgesetzt ist, werden die Buchdrucker nicht den 1. Mai abwarten, sondern vorher beginnen, sobald auch die bedeutenden Druckerarbeiten für die Wahlen begonnen haben. Das Centralcomité in Paris bestimmt den Moment. In den Provinzen ist die Forderung des Neunstundentages auch mit Lohnforderungen verknüpft. In einer kleinen Anzahl von Städten ist der Neunstundentag schon jetzt eingeführt. Während also ein Teil des Maschinenpersonals, die Setzer und Gießer für die neun Stunden eintreten, haben sich die kleinen Verbände der Papierarbeiter, der Lithographen und ein Teil des Maschinenpersonals (Maschinenmeister, Punktierer, Einleger usw.) auf den Achtstundentag festgelegt; indes ist noch eine Verständigung zwischen diesen verschiedenen Verbänden erfolgt, um die Prinzipale nicht durch die Uneinigkeit zu erfreuen und ein gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen. Der Verband der französischen Buchdruckereibesitzer, mit welchem der Verband der Bucharbeiter durch eine bestehende gemischte Kommission verhandeln wollte, sobald die Prinzipale sich bereit erklären würden, das Prinzip der neun Stunden anzuerkennen, hat es abgelehnt zu verhandeln; mit 232 Stimmen gegen 170 erfolgte die Ablehnung. Die Unternehmerorganisation umfaßt aber nur einen Bruchteil der 4000 Buchdruckereibesitzer Frankreichs. Inzwischen sind schon eine Anzahl bedeutender Streiks vorzeitig ausgebrochen, so am 17. März ein solcher in den zwei Druckereien von Paul Dupont; während das Pariser Geschäft ein Gesamtpersonal von 150 Personen umfaßt, zählt man in dem zweiten Geschäft, dicht bei Paris, 1000 bis 1100. Alle Spezialitäten sind hier vertreten; der Streik brach aus, weil das nichtorganisierte Personal

rühmend anerkannten Fähigkeiten, auf die Schaffensfreudigkeit, auf das hohe Pflichtbewußtsein der deutschen Seemannschaft zurückzuführen.

Deshalb spricht der Kongreß seine Mißbilligung darüber aus, daß

1. der Anteil der seemannischen Arbeiter am Ertrage der Schifffahrt soweit die Bewertung der Arbeitskraft und Arbeitsleistung in Frage kommt, ein so beschämend geringer ist, umso mehr, als die Löhne der seemannischen Arbeiter in einem großen Teil der ausländischen konkurrierenden Staaten verhältnismäßig höhere sind, obwohl die Leistungen der Seeleute auf deutschen Schiffen keineswegs den der ausländischen Handelsflotte nachstehen;

2. das allgemeine Rechtsverhältnis der seemannischen Arbeiter kein fortschrittliches, sondern ein rückständiges genannt werden muß, soweit seine Regelung durch die Seemannsordnung, ihre Nebengesetze und Ausführungsbestimmungen und ganz besonders deren praktische Anwendung und richterliche Auslegung in Frage kommt;

3. daß in Rücksicht auf die hohen Gefahren des seemannischen Berufes, die außer den elementaren Einwirkungen in erster Linie auf die fieberhafte Hast und Eile, mit der der heutige Schiffsverkehr vor sich geht, zurückzuführen sind, der Schutz für Leben und Gesundheit der seemannischen Arbeiter kein ausreichender, die Kontrolle der diesbezüglichen Einrichtungen an Bord eine unzulängliche, weil einseitige und speziell die Beachtung und Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften keine einheitliche, die Bestrafung etwaiger Verstöße eine lächerlich geringe und deshalb vollkommen wirkungslos ist;

4. die Verhältnisse in Bezug auf Behandlung und Versorgung, Krankenpflege und allgemein sozialer Fürsorge an Bord keineswegs den berechtigten Anforderungen unserer fortgeschrittenen Zeit in rechtlicher, gesundheitlicher und hygienischer Beziehung gerecht werden;

5. daß die Fürsorge für die zu Krüppeln und Siechen gewordenen seemannischen Arbeiter resp. deren Hinterbliebenen (Witwen, Kinder und Eltern) noch immer keine ausreichende, dem Grundsatz der ausgleichenden Gerechtigkeit entsprechende ist.

Deshalb stellt sich der Kongreß bedingungslos auf den Boden der vom Referenten vertretenen allgemeinen Forderungen der seemannischen Arbeiter und fordert insbesondere:

1. Eine sich mindestens auf 15—20 Proz. belauende Erhöhung der heutigen Minimalgehälter für alle Schiffsleute, des Deck-, Maschinen- und Bedienungs-personals, sowie einen einheitlichen U e b e r s t u n d e n l o h n von 50 Pf.;

2. eine recht baldige erneute und durchgreifende Revision der Seemannsordnung, ihrer Nebengesetze und Ausführungsbestimmungen, um eine gesunde, gesetzliche Basis für die Vertrags- und Rechtsverhältnisse der seemannischen Arbeiter zu schaffen, um der Willkür der Rheder und Vorgesetzten, den beliebigen Auslegungen der öffentlich-rechtlichen Bestimmungen, ihrer Umgehung durch die den Seeleuten abholden Interessenten einen wirksamen Damm entgegen zu legen;

3. daß zur Kontrolle der zum Schutz für Leben und Gesundheit der seemannischen Arbeiter an Bord getroffenen Maßnahmen und Einrichtungen von den Seeleuten selbst gewählte besoldete Vertreter hinzugezogen werden und die Kontrolle selbst verstaatlicht wird; außerdem die heute geltenden Unfallverhütungsvorschriften, ohne Rücksicht zu nehmen auf den Widerspruch der Rheder, bedeutend erweitert und etwaige Verstöße gegen diese Vorschriften seitens der Rheder mit Freiheitsstrafen, seitens der Kapitäne, Offiziere und Maschinenisten an Bord mit Freiheitsstrafen und in besonders trivialen Fällen mit Patententziehung geahndet werden;

4. daß die heute geltende Speiserolle für die deutschen Seeuferstaaten einer durchgreifenden Revision durch die zuständigen Reichsbehörden unterzogen wird und einheitliche Geltung für das deutsche Nord- und Ostseegebiet erhält.

5. Der Kongreß fordert wiederholt die Unterstellung der seemannischen Arbeiter unter das Krankenversicherungsgesetz und hält diesbezüglich erneute Erhebungen für dringend erforderlich. Zu erwägen wäre die eventuelle Angliederung dieser seemannischen Krankenversicherung an die von der See-Berufsgenossenschaft gemäß den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes über-

nommenen Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung. Der Kongreß stellt aber fest, daß die Leistungen dieser sozialen Fürsorgeeinrichtungen zu geringe, d. h. die Renten- und Unterstützungssätze zu niedrige sind und erklärt deshalb eine höhere Belastung sowohl der Versicherten wie der Versicherungsträger für notwendig und zulässig, wenn nur dadurch höhere Leistungen an die Versicherten resp. ihre Hinterbliebenen ermöglicht werden;

6. ebenso entschieden hält der Kongreß an der Forderung nach einem Reichs-Bemannungsgesetz für unsere Handelschiffe fest, wie er auch einen Erlaß eines Tief- und Leichtladegesetzes bezw. eine internationale gesetzliche Regelung dieser Materie für dringend geboten hält.

Um den seemannischen Arbeitern die Möglichkeit der wirtschaftlichen Selbsthilfe durch die Organisation zu geben, um allen Schikanierungen ihrer Organisation und allen Schwierigkeiten, denen die seemannischen Arbeiter in dem Bestreben, ihre Lebenslage durch Selbsthilfe in der Organisation zu erhöhen, eventuell ausgesetzt sind, vorzubeugen, hält der Kongreß die gesetzliche Anerkennung des Koalitionsrechtes für die seemannischen Arbeiter als eine dringende Notwendigkeit und die Verweigerung dieses Rechtes als bitteres Unrecht.

Der Kongreß hält es für eine unumgängliche Pflicht der einzelnen Landesregierungen bezw. der Reichsregierung und ihrer unteren Verwaltungsbehörden, bei allen Erhebungen und Umfragen auch die seemannischen Arbeiter, als deren alleinige Interessenvertretung der Seemannsverband zu betrachten ist, zu berücksichtigen, d. h. um ihre Meinung zu befragen, ihre Vorschläge offiziell einzufordern und zu erwägen.

Der Kongreß fordert die parlamentarischen Vertreter der Arbeiter auf, im Sinne dieser Forderungen und Vorschläge zu wirken. Von der Reichsregierung erwartet der Kongreß, daß sie alsbald die Initiative ergreifen wird, um den Forderungen und Vorschlägen der seemannischen Arbeiter die Möglichkeit der gesetzlichen Anerkennung zu verschaffen.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Arbeitsverhältnisse und soziale Fürsorge für Hafenarbeiter, Binnenschiffer, Flößer, Maschinenisten und Heizer behandelte der Vorsitzende des Hafenarbeiterverbandes, Döring. Redner stellte in einer Resolution folgende Forderungen für die in den Hafenbetrieben, der Binnenschifffahrt sowie der Flößerei beschäftigten Arbeiter auf:

1. Wirksame Schutzbestimmungen für das gesamte Deutsche Reich;

2. die Festlegung einer Maximalgrenze für die im Höchstfalle zu leistende Arbeitszeit und eine gesetzlich garantierte Nacht- und Sonntagsruhe;

3. Anstellung von Hafeninspektoren durch das Reich, zur Überwachung der erlassenen Vorschriften und Bestimmungen;

4. Anstellung von Assistenten, deren Wahl durch die Berufsorganisationen vorzunehmen ist;

5. Beschaffung von Aufenthaltsräumen und Bestimmungen über die Beschaffenheit einzuführender sanitärer Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter bei Unglücksfällen.

Da die Arbeiter zu den einzelnen Landesregierungen kein Vertrauen haben, fordern sie die Regelung dieser Materie durch das Reich.

Das zweite Referat hierzu hielt der Zentralvorsitzende des Verbandes der Maschinenisten und Heizer, Karl Kirchner-Berlin, der unter Berücksichtigung der Arbeitsverhältnisse des Maschinenpersonals in der Fluß- und Schlepsschifffahrt folgende Resolution zur Annahme empfahl:

Bei Regierung und Reichstag ist dahin zu wirken, daß

1. durch bundesrätliche Verordnung oder Reichsgesetz bestimmt wird, daß sowohl der Binnenschleppschiffahrts- als auch der Binnenschiffahrtsbetrieb den Bestimmungen über Sonn- und Festtagsruhe unterworfen wird. Besonders ist Bezug zu nehmen auf den Binnenschleppschiffahrts- und Binnenschiffahrtsbetrieb der deutschen Binnenwasserstraßen wie schiffbaren Flüsse, Ströme und Kanäle;

2. durch bundesrätliche Bestimmung oder Reichsgesetz den Mannschaften der Schlep- und Frachtschiffe im Binnenschiffahrtsbetriebe, wenn sie an Bord logieren, eine nächtliche

an den lithographischen Maschinen Lohnerhöhungen verlangt hatte, die abgelehnt wurden; noch am gleichen Tage erklärte sich das ganze Personal, mit Ausnahme von etwa 30 Personen, mit ihnen solidarisch und das Personal des Pariser Geschäftes schloß sich nach einigen Tagen der Bewegung an. Dann ist seit dem 22. März ein Generalstreik der Gärtner aller Kategorien in Paris und Umgegend ausgebrochen; am ersten Tage zählte man schon 5000 Streikende, deren Zahl auf 9000 steigen dürfte. Sie wollen nicht mehr Wohnung und Kost beim Unternehmer haben, verlangen u. a. einen Ruhetag pro Woche, einen Arbeitstag von 19 resp. 12 Stunden (anstatt 16 resp. 18) und 120 Mark Lohn pro Monat; für Ueberstunden 60 Pfennig.

Dann streifen die Feilenarbeiter, welche schon in 30 von 40 Häusern ihre Forderungen durchsetzten; in mehreren Orten bei Paris streifen sodann die Elektriker; auch in Paris die Kollwagenfutscher; unter den Streiks in den Provinzen sind die der Maler in Lille, der Seiler in Angers und der in miserabler Weise bezahlten Seidenweber in Voiron anzuführen.

Alle diese Konflikte sind als Vorzeichen der kommenden zu betrachten.

Vor kurzem erschien im „La Voix du Peuple“ ein Artikel von Griffuelhes, in welchem auch die Bewegung der Buchdrucker eine gerechtere Würdigung als bisher findet. Griffuelhes führt u. a. aus, daß eine Resolution des Kongresses weder eine absolute Order ist noch sein kann, weil ja keine Machtmittel, wie Armee, Polizei und Gerichte vorhanden sind, um die Beobachtung der Resolution zu erzwingen; weiter bespricht er die allseitigen Bestrebungen, welche auf die Herabsetzung der Arbeitszeit überhaupt gerichtet sind und sucht zu beweisen, daß der Beschluß von Bourges eben nur sagen wolle, daß, nachdem die Forderung des Achtschentages seit Bourges vulgariisiert wurde, am kommenden 1. Mai in die Periode der Anwendung desselben eingetreten werden solle. Dies klingt wesentlich anders, als was bisher hierüber veröffentlicht wurde.

Mit Recht bedauert Genosse Thomas in seiner ausgezeichneten „Nouve Syndicaliste“, daß Griffuelhes nicht früher in diesem Sinne geschrieben habe. Gar manche Polemik wäre dadurch unterblieben oder hätte so zum mindesten nicht einen solchen unangenehmen Charakter angenommen.

Seitdem die Konföderation mit ihrem Organe genötigt wurde, die Arbeitsbörse zu verlassen, bemühte sie sich um die Schaffung eigener Räume. Dieser Wunsch ist jetzt verwirklicht. „Das Haus der Verbände“ befindet sich Rue de la Grange-aux-Belles 33 und ist das zweistöckige Gebäude für etwa 40 Bureaus eingerichtet; ein großer Versammlungssaal für 2500 Personen soll geschaffen werden; eine ziemlich Anzahl von Verbänden verlassen die Arbeitsbörse, um nicht weiteren Chikanen der Behörden ausgesetzt zu sein.

In den Räumen des „Hauses der Verbände“ wird am 5. und 6. April eine Konferenz der Nationalverbände tagen; die Delegierten derselben sollen konstatieren, welche Früchte die seit dem Kongresse von Bourges geführte Propaganda getragen hat und definitive Beschlüsse hinsichtlich der noch weiter notwendigen Maßnahmen fassen. Die Delegierten der Arbeitsbörsen werden zu gleicher Zeit zusammentreten und ist schon vorgeschlagen worden, eine gemeinsame Tagung der Delegierten beider

Sektionen. Arbeitsbörsen und Verbände, herbeizuführen. Diese Konferenz soll also entscheiden, was am 1. Mai zu geschehen habe. In der Einladung zu dieser Konferenz wird den Gewerkschaften geraten, schon jetzt ihre Forderungen den Unternehmern zu unterbreiten. Zum Schlusse heißt es: „Im Falle der Annahme verlange die einzunehmende Stellung Prüfung und Diskussion; im Weigerungsfalle wäre es binnen kurzer Zeit der Kampf, für welchen die Kameraden, welche eine zu lange Arbeitszeit haben, bereit sein müssen.“

Binnen wenigen Tagen wird sich ja nun zeigen, wie sich die Bewegung bis zum 1. Mai gestalten soll und wird.

Paris, 30. März.

P. Tr.

Kongresse und Generalversammlungen.

Schutzkongress für alle in der Schifffahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter.

Vom 19. bis 23. März tagte in Berlin ein Kongress der Arbeiter, die in der Schifffahrt und im Schiffbau beschäftigt sind. Die Einberufung geschah auf Anregung der diesen Berufen zugehörigen Verbände. Vertreter waren der Seemanns-Verband, Hafenarbeiter-Verband, Schiffszimmerer-Verband, Verband der Maschinisten und Heizer, Metallarbeiter-Verband, Holzarbeiter-Verband, Schmiede-Verband, Verband der Kupferschmiede, Handels- und Transportarbeiter-Verband und Fabrikarbeiter-Verband. Zu den Verhandlungen hatten Vertreter entsandt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Generalkommission der Gewerkschaften. Von seemannischen Berufsvereinen waren der „Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine“ (Sitz Hamburg), der „Verband deutscher Seemaschinisten“ und der „Verband deutscher Seeschiffervereine“ der Einladung gefolgt und nahmen durch Delegationen an den Verhandlungen teil. Graf v. Posadowsky, das Reichsversicherungsamt, das statistische Amt und die Seberufsgenossenschaft hatten die Einladung dankend abgelehnt, nur die Lagerei-Berufsgenossenschaft hatte die Entsendung eines Vertreters zugesagt.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein ausführliches Referat des Vorsitzenden des Seemanns-Verbandes, Paul Müller, über die soziale und rechtliche Stellung der seemannischen Arbeiter unter dem Stande der heutigen Gesetzgebung. Das Referat bot eine außerordentlich interessante und eingehende Darstellung der sozialen Lage der Arbeiter des Seemannsberufes, eine Kritik der rechtlichen Stellung und der ungenügenden Fürsorge für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Ohne Debatte nahm der Kongress folgende vom Referenten vorgeschlagene Resolution an:

„In Uebereinstimmung mit dem Referenten erklärt der vom 19.—21. März 1906 in Berlin tagende Schutzkongress für alle in der Schifffahrt und am Schiffbau beschäftigten Arbeiter, daß die heutige allgemeine soziale wie speziell rechtliche Lage der seemannischen Arbeiter keineswegs den durchaus berechtigten Anforderungen entspricht, die die seemannischen Arbeiter auf Grund ihrer sozialen Bedeutung im Schiffahrtbetriebe zu stellen nicht nur berechtigt, sondern im Interesse der Erhaltung und kulturellen Entwicklung der deutschen Seemannschaft zu stellen direkt verpflichtet sind.“

Wenn die deutsche Rhederei und Schifffahrt speziell im Laufe des letzten Jahrzehnt einen so ungeheuren, nie gekannten Aufschwung genommen hat, wenn das deutsche Rhedereigehäft sich in bezug auf seine Rentabilität eines verhältnismäßig günstigen Standes erfreut, so sind alle diese erfreulichen Umstände nicht zuletzt auf die so oft

Mindestruhe von sechs Stunden gewährt wird, wenn nicht durch ein wechselseitliches Wachsystem eine anderweitige Regelung der Nachtruhe erfolgt;

3. für Hafen- und Revierschlepp- oder Frachtfahrzeuge durch bundesrätliche Verordnung oder Reichsgesetz ein Maximalarbeitsstag von höchstens 12 Stunden festgesetzt wird;

4. für Dampfschiffe, die auf Strömen, Flüssen oder Kanälen zur Beförderung von Personen dienen, durch bundesrätliche Verordnung oder Reichsgesetz eine Arbeitszeit von höchstens 12 Stunden festgesetzt wird; bei Fahrten oder Reisen, die länger als 12 Stunden dauern, ist für Ablösungsmannschaften zu sorgen, die eine zweckentsprechende Ablösung bezw. Wechselschicht ermöglichen;

5. für Dampfschiffe, die in Häfen oder Revieren zur Beförderung von Personen dienen, gleichfalls eine maximale Arbeitszeit von höchstens 12 Stunden festgesetzt wird, wenn nicht bei längerer Fahrdauer eine zweckentsprechende Ablösung gewährleistet ist;

6. im Interesse der Betriebssicherheit im allgemeinen, sowie des Lebens und der Gesundheit des reisenden Publikums und der Schiffsmannschaften sind Maschinenisten und Heizer zu anderen Arbeiten, als den mit der Ausübung des Berufs unmittelbar zusammenhängenden, nicht heranzuziehen. Auf kleineren Schlepp- und auch Passagierdampfern, sobald sie größere Stromstrecken befahren, muß das Maschinenpersonal aus mindestens drei Mann, nämlich einem Maschinenisten und zwei Heizern, bestehen. Weiter ist den Mannschaften aller zur Beförderung von Personen an Sonn- und Festtagen verwandten Fahrzeuge alle zwei Wochen eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden zu gewährleisten.

Weiter wendet sich der Schutzkongreß mit Nachdruck dagegen, daß der Arbeitslohn für Maschinenisten und Heizer durch prozentuale Anteilnahme am Frachtgewinn gewährt wird. Dieses System des sogenannten „Prozentfahrens“ führt, wie die Erfahrung lehrt, zu strafbaren Handlungen, in erster Linie zur Belastung oder Verteilung der Sicherheitsventile, um dadurch eine höhere als die zulässige Dampfspannung herbeizuführen und die Schleppkraft und die Fahrgewindigkeit zu erhöhen.

Arbeitersekretär R. Wiffel sprach sodann über die Unfall- und Erkrankungsgefahr der Arbeiter auf den Werften und die Mittel zu ihrer Verhütung. Redner gab eine detaillierte Schilderung des glänzenden Aufschwungs der deutschen Schiffsbauindustrie, um dann die Reversoite des Bildes, die außerordentlich hohe Unfallziffer und Erkrankungsgefahr der Arbeiter zu besprechen. Die Fülle des wichtigen Materials hier wiederzugeben ist unmöglich, die Interessenten müssen auf das Protokoll verwiesen werden.

Es gelangte darauf einstimmig eine Resolution zur Annahme, in welcher der Kongreß die Regierung auffordert, so schnell wie möglich dem Bundesrat und dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, worin ausreichende Bestimmungen zum Schutze von Leben und Gesundheit der in Schiffbaubetrieben beschäftigten Arbeiter enthalten sind. In diesem Gesetzentwurf müssen unter anderem Bestimmungen enthalten sein, wonach:

1. Die Arbeiter berechtigt sind, aus ihren Reihen Kontrolleure zu bestellen, die den Auftrag haben, Gerüste, Stellagen, Arbeitsmittel und Werkzeuge vor der Benutzung auf ihre Sicherheit zu prüfen und die sanitären und hygienischen Einrichtungen (Ventilation, Beleuchtung gefährlicher Stellen usw.) auf genügende Beschaffenheit und Menge zu untersuchen; ferner die Befugnis besitzen, den Beginn oder die Fortführung der Arbeit zu verhindern, solange die genannten Einrichtungen nicht in genügendem Maße vorhanden oder im Verlauf der Arbeit soweit unbrauchbar geworden sind, daß sie nicht genügenden Schutz vor Unfall- oder Erkrankungsgefahr bieten;

2. Vorschriften zur Verkürzung der Arbeitszeit sowie zur Einschränkung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit enthalten sind;

3. gefährliche Arbeiter ausschließlich in Zeitlohn auszuführen sind.

Den in den Schiffbaubetrieben vertretenen Gewerkschaften wird zur Aufgabe gemacht, über die Unfälle und die

Berufskrankheiten der Arbeiter ihrer Branche fortlaufend Statistik zu führen.

Zum Schluß stimmte der Kongreß einer Resolution zu, in der die Errichtung einer ständigen Schutzkommission für die in der Schiffahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter als erstrebenswert bezeichnet wurde. Die Vorarbeiten zur eventuellen Einsetzung der Kommission sollen jedoch den Centralvorständen der betreffenden Organisationen überlassen bleiben.

Der Kongreß bot sicherlich an Referaten ganz ausgezeichnete Leistungen, aber es sei uns der Einwand erlaubt, daß ein wenig Beschränkung in der Ausdehnung wohl am Platze gewesen wäre. Für einen Kongreß, der die Beschwerden der Arbeiter und ihre Stimmung zum Ausdruck geben soll, ist mehr nötig, als daß ohne Debatte den Ausführungen des Referenten zugestimmt wird. Die Referate anzuhören, die viereinhalb und fünfeinhalb Stunden währen, ist bei aller Vorzüglichkeit der Darstellung eine zu große Anforderung an die Zuhörer. Auf solchen Kongressen ist es mehr als anderwärts nötig, daß die Delegierten zu Worte kommen und nicht allein die Referate den Kongreß beherrschen.

Siebzehnte Jahreskonvention des amerikanischen Bergarbeiterverbandes.

(Schluß.)

Am Morgen des 20. Januar kam die Einwanderung aus Asien zur Verhandlung; die Konvention akzeptierte eine Resolution betreffend den Weiterbestand des Verbotes der Landung von chinesischen Arbeitern und seiner Ausdehnung auf Japaner und Koreaner. Eine weitere Resolution, die angenommen wurde, bezieht sich auf die Gefängnisarbeit. Die Herausgabe des „United Mine Workers Journal“ in verschiedenen fremden Sprachen fand nicht die Zustimmung der Delegierten; Mitchell erklärte, es beständen mit den Herausgebern von 25 fremdsprachlichen Blättern Verträge, dahingehend, daß sie allwöchentlich einen Artikel im Interesse der Bergarbeiterorganisation veröffentlichen; damit tue diese alles, was verlangt werden kann, um die fremden Arbeiter aufzuklären und heranzuziehen. Kollektivverträge mit den Unternehmern werden dagegen seitens der Verbandsleitung in fremden Sprachen publiziert. Ein weiterer Beschluß verlangt von den Ortsgruppen, daß sie sich den Gewerkschaftskartellen und den Staatsverbänden der Gewerkschaften anschließen, soweit diese zur U. S. of A. gehören. — Am Nachmittag des 20. Januar kamen verschiedene Abänderungsanträge zu den Verbandsstatuten zur Erledigung.

Außerordentlich lebhaft gestaltete sich die Debatte über den Antrag, daß Funktionäre der Organisation, die ein politisches Amt übernehmen, sofort ihre Vertauensstelle im Verbands niederzulegen haben. Viele Delegierte befürchteten, solche Leute würden die Gewerkschaft für die Zwecke irgend einer politischen Partei ausnutzen und „die Politik habe sich noch immer als der Felsen erwiesen, an dem die Gewerkschaftsbewegung scheiterte.“ Mit Recht wendete Delegierter Scherman aus Canada dagegen ein, die Annahme des Antrages würde es unmöglich machen, eigene Abgeordnete ins Parlament zu wählen,*) die für die Sache der Arbeiterchaft wirklich ehrlich eintreten. Aus ähnlichen Gründen traten Delegierte aus den Vereinigten Staaten

*) Dies hat der letzte canadische Gewerkschaftskongreß beschlossen.

gegen diese Maßregel auf, unter ihnen Präsident John Mitchell, der auf das Beispiel der englischen Gewerkschaften verwies und die parlamentarische Arbeitervertretung befürwortete; andere Ämter, speziell Verwaltungsposten, deren Besetzung für die Allgemeinheit gleichgültig ist, sollen die Verbandsfunktionäre nicht übernehmen. Nachdem keine Einigung zu erzielen war, wurde die Beschlussfassung verschoben.

Das Comité, dem die Vorstandsberichte zur Begutachtung überwiesen worden waren, empfahl dieselben zu genehmigen, was nach kurzer Debatte geschah.

Am 22. Januar erstattete das Mandatsprüfungskomité einen Bericht über die Vertretung der einzelnen Distrikte auf der Konvention. Präsident Mitchell gab die Vorbereitungen zu den Tarifverhandlungen der Hartkohlengräber, die am 15. Februar 1906 beginnen sollen, bekannt. Der Vorsitzende der American Federation of Labor, Sam. Gompers, begrüßte die Delegierten in einer längeren Ansprache. — Das Tarifcomité (Scale Committee) gab die Vorschläge für einen neuen Kollektivvertrag bekannt, über die am nächsten Tage verhandelt wurde. Von den Forderungen, welche die organisierten Bergarbeiter an die Grubenbesitzer stellen, sind hervorzuheben: Hinzuziehung verschiedener Distrikte, die gegenwärtig nicht vertreten sind, zu der internationalen Tarifkommission (bestehend aus Arbeitern und Unternehmern), die jährlich vor dem 1. April die Arbeitsbedingungen für die folgenden zwölf Monate festzusetzen hat; eine allgemeine Lohnerhöhung um 12½ Proz., ab 1. April d. J.; die Differenz zwischen dem Lohn für Hand- und Maschinenarbeit hat sieben Cents pro Tonne zu betragen; Festsetzung eines gleichen Minimallohnes für alle Arbeiter über Tag; die Beschäftigung von Knaben unter sechzehn Jahren ist zu verbieten; die tägliche Arbeitszeit hat acht Stunden zu betragen.

Als Delegierte zum nächsten internationalen Bergarbeiterkongress wurden gewählt: John P. White und T. D. Nichols, als Ersatzmänner Ed. Flynn und Patrick Gilday. Als Verbandspräsident wurde Mitchell, als Vizepräsident Lewis und als Sekretär Wilson wiedergewählt; dann folgten die Wahlen des Ueberwachungsausschusses, der Delegierten zur Konvention der A. F. of L. usw. — Die Frage der politischen Betätigung kam nochmals zur Verhandlung; es wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß Funktionäre des Verbandes, wenn sie in die gesetzgebenden Körperschaften der Staaten oder des Bundes, in die Schulaufsichts-, die Armenbehörden usw. gewählt werden, ihre Vertrauensstellen in der Organisation nicht aufzugeben brauchen.

Am achten Verhandlungstag erhielten der Exekutivauschuß und die Delegierten zum internationalen Bergarbeiterkongress den Auftrag, sich mit den europäischen Bergarbeiterorganisationen ins Einvernehmen zu setzen, um die Einführung geeigneter Uebertrittskarten zu erlangen, und so den bisherigen Mißständen abzuhelfen. Den Ortsgruppen wurde zur Pflicht gemacht, dahin zu wirken, daß die Mitglieder bei Deckung ihres Bedarfes solche Waren kaufen, die Gewerkschaftsmarken tragen. Sodann folgten Beratungen über Statutenänderungen, über den Streik in Alabama usw.

Die Verhandlungen wurden am 26. Januar wieder aufgenommen, da mittlerweile die Unternehmer in der Sitzung der gemeinsamen Tarifkommission die Einbeziehung der südwestlichen Staaten in das Geltungsgebiet des Kollektivvertrages (Punkt

1 der Forderungen) abgelehnt hatten. Nach eingehender Erörterung der Sachlage beschloß die Konvention auf Antrag des Delegierten Ryan, die Beratungen über den Tarif mit den Vertretern der Unternehmer, die dazu bereit sind, fortzusetzen. Manche Delegierten hatten den Abbruch der Verhandlungen gewünscht, sobald der erste Punkt der Forderungen nicht durchzusetzen war.

Am 1. und 2. Februar fanden die Tarifverhandlungen ihre Fortsetzung. Die Unternehmervertreter lehnten alle Forderungen der Bergleute ab, ohne die geringsten Zugeständnisse zu machen — ja, sie sagten sogar, die Arbeiter müßten froh sein, wenn sie ohne Lohnreduktion davon kämen; eine solche wäre bei den Marktverhältnissen gerechtfertigt. Die Vertreter der United Mine Workers bewiesen Klipp und Klar, daß die gegnerischen Argumente haltlos sind; sie fanden trotzdem bei den Grubenbaronen kein Entgegenkommen; deren Verhalten beweist, was sie wollen: die Beseitigung des Vertragsverhältnisses, um wieder — wie bis vor acht Jahren — die absoluten „Herren“ zu sein.

Die Konvention der Bergarbeiter trat am 1. und 2. Februar (an den Nachmittagen) abermals zu Beratungen zusammen. Die Stellungnahme der Arbeitervertreter in der Tarifkommission wurde gut geheißt und beschlossen, daß kein Kollektivvertrag in einem einzelnen Distrikt unterzeichnet wird, bevor die Forderungen im ganzen Lande anerkannt sind. Vor der Abstimmung machte Mitchell aufmerksam, daß dies nichts anderes als den allgemeinen Streik am 1. April 1906 bedeutet; dessen ungeachtet stimmten nur drei Delegierte gegen die Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie.

Sekretär Wilson besprach die Finanzverhältnisse; er war der Ansicht, die Ortsgruppen haben in den ersten sechs Wochen für die Streikunterstützung allein aufzukommen; außerdem sei für die Zentralkasse eine Steuer von 1 Dollar pro Mitglied und Woche in der Zeit bis zum 1. April einzuhoben. Die Entscheidung dieser Angelegenheit wurde dem Exekutivauschuß überlassen. — Ergänzend soll hierzu bemerkt werden, daß Ende Februar eine vertrauliche Besprechung zwischen Vertretern der Bergarbeiter und der Grubenbesitzer der Weichkohlenreviere in Pittsburg stattfand; man hofft auf eine neuerliche Aufnahme der Tarifverhandlungen. S. F.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen.

Die Streikbewegung ist augenblicklich eine äußerst lebhaft. Selbst die Hamburger Seeleute haben die Arbeit eingestellt, nachdem die Rheder es abgelehnt hatten, mit der Organisation zu verhandeln. Die Forderungen belaufen sich auf Monatsheuer von 40 bis 45 Mk. für Leichtmatrosen, 70 Mk. für Trimmer und Matrosen, 80 Mk. für Heizer, Zimmerleute und Bootsleute usw.

Die Maler sind in einer Zahl von 7—8000 in Berlin ausständig geworden. Die Situation ist sehr günstig und bereits über 300 Meister haben die Forderungen in den ersten Streiktagen bewilligt.

Die Niederlausitzer Textilarbeiter-schaft steht im Kampfe um den Zehnstundentag und höheren Lohn. Die Fabrikanten versuchen Arbeitswillige anzulocken. Es wird dringend ersucht, den Zuzug von Textilarbeitern und